DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 37 ab Samstag, 20. Februar 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. DE72 1101 0100 2235 4091 57

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

»Eine Zensur findet nicht statt« §

SO STEHT ES IM GRUNDGESETZ (SEITE 16). DENN DEMOKRATIE LEBT VON MACHTWECHSELN, FREIER REDE UND ECHTER LEGITIMITÄT.

Zum Themenkreis »Corona« gibt es von Beginn an gut dokumentierte und wissenschaftlich abgesicherte Meinungen, die stark von der Linie der Staats- und Konzernmedien abweichen. Nun will das Kabinett Merkel das Internet zensieren.

Von Sophia-Maria Antonulas und Anselm Lenz

Laut eines Berichts des *Deutschlandfunks* vom 16. Februar sollen die Landesmedienanstalten der Bundesländer, die bislang nur in engen Grenzen für private Radio- und TV-Programme zuständig waren, zur Zensur im Internet eingesetzt werden. Es seien demnach »Hinweisschreiben« an oppositionelle Medien verschickt worden, darunter die größte deutschsprachige konzern- und staatsunabhängige Journalistenplattform im Internet, *KenFM.de*. Die Seite ist eine der reichweitenstärksten professionellen Medienportale überhaupt. Die inkriminierten Medien sollen nun dazu verpflichtet werden, Zensurbefehle umzusetzen, also für Regierung und Konzerne missliebige Inhalte zu löschen: »Corona-Leugnung«. Bereits im Jahr 2019 war der Rundfunkstaatsvertrag mit dem Ziel der Zensur im Internet entsprechend geändert worden. Dies steht im krassen Gegensatz zum Grundgesetz, in dem es in Artikel 5 heißt: »Eine Zensur findet nicht statt« (Seite 16).

PUTSCH GEGEN UNSERE DEMOKRATIE

Die Utopien der Neunziger Jahre, als das Internet noch in den Kinderschuhen steckte, versprachen mehr Zugang zu Informationen und daraus folgend mehr Bildung und Selbstbestimmung für alle Menschen weltweit. Diese Träume lösten sich gemeinsam mit den Türmen des *World Trade Centers* in Staub und Rauch auf. Als »Schöpferische Zerstörung« wird der Begriff *Disruption* übersetzt. Diese Wortschöpfung stammt aus der Wirtschaft und sowohl junge Unternehmen als auch weltweite Konzerne hoffen offenbar dank Corona auf ihre zerstörerische Chance.

Zu den oft angeführten Beispielen gehört *Wikipedia*. Das Online-Lexikon hat gedruckte Nachschlagewerke vom Markt verdrängt. Doch neutral ist es keinesfalls: »Rufmordpranger Wikipedia« (Seite 14). Ein weiteres Geschäftsfeld, das erobert werden soll, ist die Bildung. Da kommt es sehr gelegen, dass plötzlich der Fernunterricht zur Pflicht wird und selbst Grundschüler vorm Computer sitzend lernen sollen. Über kindgerechten Unterricht im Untergrund berichtet DW-Autorin Tamara Ganjalyan (Seite 11).

UNIVERSITÄTEN, SCHULEN, WISSENSCHAFT UNTER TOTALITÄRER KONTROLLE

Wie soll man es nennen, wenn der Staat die Stätten von Forschung und Lehre schließt? Geht es so weiter, dann ersetzen Online-Lernplattformen und künstliche Intelligenz schon bald auch die Lehrkräfte. Die digitale Revolution braucht mehr Tech-Sklaven und die müssen schließlich herangezogen werden. Am besten arbeiten sie danach im *Homeoffice*, denn dort wird es schwierig, mit Gleichgesinnten einen Betriebsrat zu gründen. Die Disruption führt anscheinend auch dazu, dass wir zum Schutz des Klimas nicht nur von der Bahn auf Elektroautos umsteigen, sondern Maschinen das Wetter weltweit beeinflussen sollen. Mehr zu Bill Gates' Klimaapparaten und der Situation bei der Deutschen Bahn. Im Wirtschaftsteil auf den Seiten 9 und 10.

Die brutale Ausbeutung der Menschen zur Zeit der industriellen Revolution brachte die Arbeiterbewegung hervor. Die technischen Errungenschaften wurden deshalb nicht wieder aufgegeben, aber es musste unter sozialen, fairen und menschenwürdigen Bedingungen produziert werden. So führt auch die digitale Revolution wieder in einen Kampf für mehr Selbstbestimmung, Basisdemokratie und das Recht selbst zu entscheiden, wie wir leben wollen. Die Demokratiebewegung baut auf, was Regierungen, Organisationen und Konzerne im Namen Coronas vollkommen zerstören.

Dies ist die 37. Ausgabe einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen in deutscher Sprache. Sie ist als einzige unabhängig von Parteien, Regierungsorganisationen und Konzernen. Bitte unterstützen, abonnieren und verteilen Sie sie (Seiten 7 und 8).

5.500 Gewerkschafter der Demokratischen Gewerkschaft (DG) versammelten sich zum Valentinstag 2021 in Hannover: Viel Herz und echter Zusammenhalt der Werktätigen. Eine der Forderungen: »Die Regierung muss sofort abtreten!«

Foto: DW/Lenz

Bello Ciao

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an Daniel Igwe.***
Von Steve Schramm



Der Bochumer im besten Alter tourt seit Monaten über die Demonstrationen der Demokratiebewegungen und begeistert dabei mit seiner fröhlichen, lockeren und liebevollen Art.

Bereits im April war er geschockt von der Polizeigewalt gegen die friedlichen Demonstranten auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin und begann, Lieder für die Freiheit, die Menschenrechte und die Demokratie zu schreiben.

Die prekär angestellten Fußtruppen der Regierung, die sich im Internet Antifa-Sticker bestellt hatten, um sich diese ins Poesiealbum zu kleben, beschimpften den Mann mit nigerianischer Mama auf offener Straße als Nazi. Doch statt das Lied »Gewalt erzeugt Gegengewalt« der Staatspunks zu singen, komponierte er ein Liebeslied als Antwort. Gemeinsam mit seinem Gitarristen André Krengel bringt er damit selbst Verhaltene zum Tanzen:

1. Strophe
Pöbelnd steht Ihr an der Seite,
lauter gesichtslose Leute
Die Augen voller Hass und Wut
Den Mittelfinger zeigen, das könnt Ihr gut.
2. Strophe
Voller Freude winken wir zurück,
wünschen Euch Liebe und ganz viel Glück.
Legt mit uns die Hand auf's Herz
Heilen wir gemeinsam jeden Schmerz
Refrain
Warum beschimpft Ihr uns und nennt uns Nazis?
Was haben wir Euch denn angetan?
Warum beschimpft Ihr uns und nennt uns Nazis?
Was haben wir Euch denn angetan?
3. Strophe
Die Medien bekommen uns nicht klein
Verbreiten einen falschen Schein
Mach den Fernseher aus, schmeiß ihn raus

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Daniel Igwe verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg.



Zum Geleit

EIN DEMOKRATISCHER GRUß!

Die Redaktion möchte sich Ihnen vorstellen und sich erklären. Gestatten? – Wir sind die Redaktion der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) in Berlin. Wir sind unabhängig von Parteien, Konzernen und anderen korrumpierten Strukturen. Crowdfundingfinanziert und professionell. Wir stehen der Demokratiebewegung um nichtohneuns.de, demokratischegewerkschaft.de und Querdenken nahe. Dank der vielen einzelnen kleinen und mittleren Spenden* können wir jede Woche diese gedruckte Zeitung sicherstellen und in der gesamten Republik verbreiten. Wir sind parteilose liberal eingestellte Menschen. MedizinerInnen, Journalisten, Arbeiter, Juristen, Künstler, Händler, Unternehmer, Mütter und Väter, Alte und Junge vielerlei Hintergründe. Uns ist daran gelegen, dass die Freiheitsrechte unserer Verfassung, dem Grundgesetz, vollständig wiederhergestellt werden. Wenn uns das gelingt, werden wir diesen Erfolg gemeinsam mit allen feiern, die sich daran beteiligt haben, auch über Animositäten hinweg. Denn die Grundlage, sich auch politisch streiten oder gar schneiden zu können, sind die liberalen Grundrechte. Doch diese sind von der Regierung abgeschafft worden, die die Verfassung gebrochen und sich mit Verordnungen totalitär ermächtigt hat. Deshalb führen wir die Debatte um eine neue Verfassung an.

WARUM GIBT ES DIESE WOCHENZEITUNG JETZT ZUM 37. MAL?

Und warum in einer gedruckten Auflage von mindestens 100.000 Print-Exemplaren (und weit darüber) sowie als E-Paper und Online-Ausgabe unter demokratischerwiderstand.de?

Ganz einfach!

Für Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit und, ja, auch Einigkeit und Recht und Freiheit. Wir sind der Ansicht, dass zu viele Menschen der Gleichschaltung der Berufspolitik und der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind. Diese können durch unsere Wochenzeitung die Kenntnis davon erlangen: Ja, es gibt eine Opposition im Jahr 2020 und auch 21!

Während des derzeitigen Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus, der auch ohne Ausgangssperre stattgefunden hätte, projiziert das verfassungsbrüchige Regime seinen Hass und seine Panik auf uns, die anderen Menschen, die in dessen System nie eine grundlegende Wahl gehabt haben. Wir erleben unter dem Stichwort »Corona« den Versuch einer terroristischen Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals. Thomas Schäfer (CDU), Finanzminister des Landes Hessen, hat sich bereits im März 2020 das Leben genommen. Ungezählte Tragödien spielen sich ab.

Die Unbekannten, Stillen, Vergessenen, Alten und Kranken sind für uns keine Namenlosen – sie gehören alle zu uns. Zugleich ist diese Krise auch eine Chance zur Erneuerung unseres demokratischen Miteinanders. Wir setzen uns dafür ein, dass unsere künftige Wirtschaftsgesetzgebung (basis-)demokratisch, transparent & ergebnisoffen verhandelt und beschlossen wird. Denn wir alle werden unter den neuen Regeln zu leben haben. – *Die DW-Redaktion*

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Framing

EINWURF *von Werner Köhne*

Im vorletzten Jahr startete die *ARD* einen Versuch, ihr etwas ramponiertes Image aufzubessern und beauftragte zu diesem Zweck die Linguistin Elisabeth Wehling, die mit ihrem Buch *Manuel Framing* bekannt geworden war, ein angemessenes Konzept hierfür zu erstellen: Wie kommt der Sender zu einem *Framing*, das ihn in ein gutes Licht stellt?

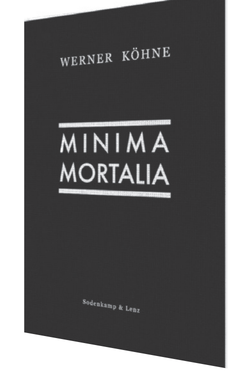
Die Frucht dieser Legitimationsbemühungen war bald zu bestaunen. Etwa vier Monate lang lief zwischen Sendungen der *ARD* ein Werbefilm, der mir noch heute Magengrummeln verursacht. Es versammelten sich – ich glaube im Sendesaal des *WDR* – eine bunte Schar von Menschen aus allen Teilen des Landes, und sie sangen aus vollem Herzen die neue *ARD*-Hymne: »Erzähl mir von dir«. Es ging um die Bildung eines Wir-Gefühls – ein *Wir*, dass sich bei genauerem Hinsehen als *Stake Holder Family*, also Interessensfamilie, für das quotenabhängige Finanz-Subjekt *ARD* entpuppte. Kurz vor der Inthronisation der neuen Normalität Corona ist man geneigt darin mehr als einen Zufall zu sehen.

Eine zweite Begebenheit, die zum Nachdenken anregt, betrifft den *Spiegel*, jenes Qualitätsmedium, dem so mancher vertraut. Bekannt wurde der Fall Relotius, der auch gut in die *Framing*-Diskussion passt. Dieser sympathische junge Journalist mit blauen Augen, blondem Haar und angenehmer Schüchternheit hatte jahrelang selbst erfundene Geschichten als gut recherchierte Reportagen ausgegeben. Der Clou: Die ganze Baggage der Echtheitsprüfer beim *Spiegel* fiel auf diese Posse herein – wohl deshalb, weil diese Herrschaften alle an einer Krankheit des Geistes litten: ihrer Sucht nach »*Story Telling*«, dem Geschichtenerzählen.

So weit, so ungeheuer schlecht. Vor allem deshalb, weil aufseiten der Journalisten keine Lehren aus dem Desaster gezogen wurden. Heute kann man dem Gros der Journalisten weniger *Fake News* und *Story Telling* vorwerfen; es werden vielmehr Informationen totgeschwiegen und gelöscht. Auch das könnte man als ein *Framing* bezeichnen. Und dabei nicht grundlos an das Corona-Rahmen-*Trio-Infernale*: Merkel, Whyler *and* Drosten, denken.

Ist indes nur Negatives über *Framing* zu berichten? Das Gedicht *Die Todesfuge* von Paul Celan belehrt uns eines Besseren. Da wird ein Rahmen für die Erzählung Auschwitz gefunden. In Kenntnis der verbrannten Juden in den Krematorien spricht der Lyriker von den »Toten in den Lüften; da liegt man nicht eng«. Das ist *Framing* – als Erkenntnisschock.

»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.



»Es gibt nur noch Corona«

Aus dem Arbeitsalltag auf der Verdachtsstation | Von Sophia-Maria Antonulas



Leere Gänge und gespenstische Stille statt überfüllter Stationen in Berlins Krankenhäusern. *Foto: pexels.com*

Mir gegenüber sitzt eine sympathische, aufgeweckte Frau Anfang 30. Sie hat schöne glatte Haut, nur die untere Hälfte ihres Gesichts ist von roten übereinanderliegenden Pusteln übersäht.

»Der Hautarzt sagt, das ist keine Akne mehr, sondern Dermatitis«, erzählt Julia Krause (Name von der Redaktion anonymisiert). Ihr Dermatologe hat sie für eine Woche krankgeschrieben und ihr eine antibiotische Creme verordnet. Ein Attest traue er sich nicht auszustellen. Sie solle sich an den Betriebsarzt wenden.

In der Berliner Klinik, in der Krause arbeitet, ist sie nicht die einzige Mitarbeiterin, die die FFP2-Maske nicht verträgt, und es komme deswegen zu sehr vielen Krankenständen. Auch der Betriebsrat habe die Leitung schon informiert, weil derzeit extrem viel Personal ausfällt und eine Lösung gefunden werden muss. Doch die junge Frau zuckt die Schultern: »Es ist nun mal so, dass Schwestern sich krankmelden oder gleich einen anderen Job suchen. Wir wehren uns nicht. Wir sind gewohnt, einfach weiterzumachen. Denn wenn wir alle nur nach dem Gesetz arbeiteten, wäre das System schon längst zusammengebrochen.« Für die Corona-Verdachtsstation, auf der Krause derzeit nur Nachtdienste macht, damit sie tagsüber ihr Kind beim *Homeschooling* betreuen kann, wurde eine Abteilung in zwei Hälften geteilt. Links die Pulmologie, rechts die Verdachtsstation mit jeweils 24 Betten. Dazwischen liegt das Schwesternzimmer, in das in der Mitte eine Spanplatte als Trennung aufgestellt wurde. Mit einer Aussparung an der Decke für den Rauchmelder. Der Kühlschrank für die Medikamente und der Safe für die Morphine sind nur auf der Seite, die zur Pulmologie gehört. »Ich muss also meine Hälfte des Schwesternzimmers verlassen, außen rundherum durch die Glastür auf die andere Station gehen, um an den Kühlschrank oder den Safe zu kommen«, beschreibt Krause das umständliche und absurde Prozedere. »Von den 24 Betten sind derzeit zwei belegt. Im gesamten Krankenhaus mit insgesamt 1.000 Betten gab es Anfang Februar 18 Patienten mit einem positiven PCR-Test.«



Auf die Verdachtsstation kommen sehr unterschiedliche Patienten, um auf ihr PCR-Testergebnis zu warten. Obwohl das Ergebnis in 18 bis 24 Stunden da sein sollte, bleiben die Patienten oft auch länger. Einen eigenen zuständigen Arzt gibt es auf der Station nicht. Krause erzählt von einem Mann, Ende 30, der eigentlich fit war, aber wegen Schmerzen in der Lunge in die Klinik und auf ihre Station kam. »Er blieb vier Tage, hatte 3 negative PCR-Tests und wurde sonst nicht behandelt. Auf einer seiner Rauchpausen habe ich ihm dann empfohlen, dass er sich selbst entlässt, weil es hier nur mehr Corona gibt und nach der eigentlichen Ursache für seine Schmerzen nicht gesucht wird«, erinnert sich Krause. Und sie schildert den Fall einer Schwangeren, die ins Krankenhaus kam, weil sie weder Essen noch Wasser bei sich behalten konnte und das schon seit einer Woche. »In der Rettungsstelle machte man nur einen PCR-Test. Sie bekam keine Infusion, keine gynäkologische Untersuchung, nichts, sondern kam einfach auf meine Station. An dem Tag waren auch wieder mal die Telefone ausgefallen und es war gar nicht so leicht, eine Gynäkologin aufzutreiben, die nach weiteren drei Stunden die Frau endlich untersuchte.«

Bei vielen anderen Patienten seien Paracetamol und Hustensaft das erste Mittel der Wahl. Krause und ihre Kolleginnen hätten sich oft gewundert, warum so viele junge Menschen mit Halskratzen, Husten und manchmal leichtem Fieber ins Krankenhaus kamen. Aber natürlich sei ihnen die psychologische Komponente klar: Spätestens dann, wenn durch einfache Atemübungen die Sauerstoffsättigung stieg, lag es nicht an einer Coronainfektion, sondern einfach nur an Panik und Angst. Und nicht nur einmal sei mit einer Beruhigungstablette auch das Fieber runtergegangen oder, sobald das negative Testergebnis bekannt war, die Symptome schlagartig verschwunden. Erbost ist Krause über den Fall einer 92-jährigen dementen Frau, die im Sterben lag und trotzdem noch gegen Corona geimpft wurde: »Die zweite Impfung hat ihr den Rest gegeben. Ich verstehe nicht, wie das sein kann. Da sind mehrere Menschen daran beteiligt – ein Arzt, ein Betreuer, das Pflegeheim, eine Krankenschwester – warum sagt denn da kein einziger Nein?«

Auf die Zukunft angesprochen erwidert die Krankenschwester jedenfalls: »Ich hoffe, dass das Fachpersonal bald eine eigene Demo macht. Wir wissen doch, was wirklich los ist.«

MELDUNG

WIRKUNGSLOSIGKEIT VON *LOCKDOWNS:* IOANNIDIS-STUDIE ERSCHEINT AUF DEUTSCH

Berlin/DW. Am 5. Januar 2021 erschien im *European Journal of Clinical Investigation* der Artikel *»Eine Einschätzung der Auswirkungen verbindlicher Stay-at-Home-Regeln und des Schließens von Geschäften auf die Ausbreitung von Covid-19«* von Eran Bendavid, Christopher Oh, Jay Bhattacharya und John P. A. Ioannidis (DW berichtete). Darin belegen die Autoren anhand offizieller Zahlen und exakter Methoden die Wirkungslosigkeit restriktiver Maßnahmen. Folgt man den Ausführungen, so zeigen einige Maßnahmen auf die Zahl positiver Fälle durchaus eine Wirkung, die hauptsächlich auf Eigeninitiative zurückzuführen ist. Weitergehende restriktivere Regeln wie Ausgangssperren und Geschäftsschließungen haben dagegen keine Wirkung. Stattdessen wird ausdrücklich auf die erheblichen Schäden durch restriktive Maßnahmen hingewiesen. Der Originaltext ist online einsehbar unter doi.org/10.1111/eci.13484. Er ist auch für mathematische Laien gut verständlich. Eine deutsche Übersetzung liegt nun vor und wird demnächst veröffentlicht. (sgf)

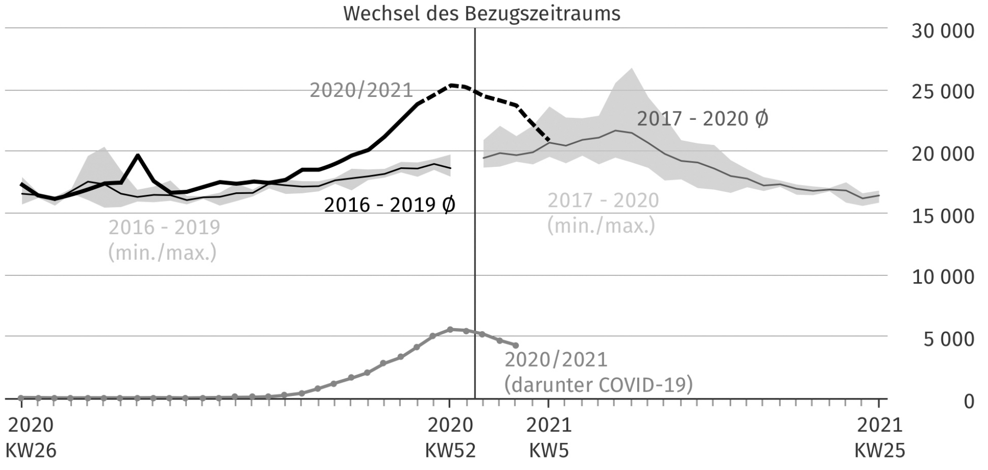
KRANKENHAUS STOPPT IMPFUNGEN AN MITARBEITERN

Emden/DW. Am vergangenen Wochenende wurden 194 Mitarbeiter des Klinikums in Emden mit dem neuen mRNA-Impfstoff von Astra Zeneca geimpft. Als Folge meldeten sich kurz darauf 30 Mitarbeiter mit Nebenwirkungen wie Fieber, Müdigkeit und Kopfschmerzen krank, einer mit teils schweren Ausfallerscheinungen, ähnlich den Symptomen eines Schlaganfalls. Die Klinikleitung setzte daraufhin die weiteren Impfungen zunächst aus, um die Versorgung aller Patienten zu garantieren. Das für die Sicherheit von Impfstoffen zuständige Paul-Ehrlich-Institut wurde informiert. (nas)

ERZWUNGENE IMPFBEREITSCHAFT

Salzburg/DW. Laut einer Studie der Universität Salzburg ist der Hauptgrund, sich impfen zu lassen: »Wieder zu einem normalen Leben zurückkehren zu können.« Das gibt fast die Hälfte der befragten Personen (49,4%) an. Sich selbst (26,5%) oder andere (24,1%) zu schützen wird seltener als treibender Faktor angegeben. (sma)

Wöchentliche Sterbefallzahlen in Deutschland
(gestrichelte Werte enthalten Schätzanteil)



Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 15.02.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 12.02.2021)

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

500.000 EURO WAHKAMPFSPENDE FÜR DIE GRÜNEN

Berlin/DW. Der *Spiegel* berichtet, dass die Grünen die größte Spende ihrer Geschichte erhalten haben. Die halbe Million Euro wollen sie für den Bundestagswahlkampf und die Landtagswahlkämpfe verwenden. Der edle Spender heißt Armin Schwarz. Er gehört zu der Gründerfamilie des Pharmaunternehmens Schwarz Pharma. (sma)

ZEHNMAL MEHR BOOTSMIGRANTEN AUF DEN KANARISCHEN INSELN GELANDET

Las Palmas/DW. In diesem Jahr sind bisher über 17.000 Bootsmigranten auf den Kanarischen Inseln gelandet. Dies sind mehr als zehn Mal so viele wie vergangenes Jahr. Die Lokalregierungen auf den Kanarischen Inseln sind überfordert. Gleichzeitig plant Spanien in den nächsten Wochen Aufnahmezentren für 7000 Migranten. Die Lager sollen auf Gran Canaria, Teneriffa und Fuerteventura, auf Grundstücken oder in Gebäuden des Verteidigungsministeriums errichtet werden. (eka)

ALTMAIER MACHT VERSAGEN ZUM PRINZIP

Berlin/DW. Auf dem digitalen Wirtschaftstreffen am 16. Februar sprach Wirtschaftsminister Peter Altmaier mit 40 Verbänden per Videokonferenz über die Zukunft und den Erhalt vieler unternehmerischer Existenzen im verhängten *Lockdown*. Während die neue Software für die Anträge zur Corona-Hilfe wochenlang erst gar nicht funktionierte, oft nur Fixkosten kompensiert werden und rund ein Drittel aller Unternehmen noch immer auf ihre Novemberhilfe warten, hatte Altmaier das Wichtigste in dieser Stunde der Hoffnung wieder nicht parat: Die Strategie für die Wiederöffnung. (nas)

SAARLAND BESCHLIESST WERBEVERBOT

Saarbrücken/DW. Ab 22. Februar ist es laut der neuen Saarländischen Corona-Verordnung verboten, für Produkte zu werben, die nicht zum täglichen Bedarf gehören. Damit sollen jegliche Anreize verhindert werden, um Geschäfte aufzusuchen. (sma)

750 MILLIARDEN EURO FÜR EU-LÄNDER

Brüssel/DW. Am 10. Februar segnete das EU-Parlament einen sogenannten Corona-Aufbaufonds in Höhe von 750 Milliarden Euro ab. Laut EU-Kommission sollen damit der Übergang zu einer grünen Wirtschaft, der digitale Wandel, der wirtschaftliche Zusammenhalt, die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit sowie der soziale und territoriale Zusammenhalt gefördert werden. Das Geld dafür leiht sich die EU an den Finanzmärkten – zum ersten Mal in ihrer Geschichte. Zurückgezahlt werden die Schulden über 30 Jahre durch neue Steuern, etwa auf Plastik und Online-Geschäfte. (sma)

»Eine radikale Minderheit stellt ein bedeutendes Risiko für die gesamte Bevölkerung dar.«

Propaganda vom Gröbsten. In einem Papier meinen zwei Aktivisten, die Schuldigen für den Anstieg der Fälle von Atemwegsinfektionen im Winter gefunden zu haben: die Oppositionellen. | Von Hendrik Sodenkamp

Am 8. Februar 2020 erschien das Diskussionspapier zweier strebsamer Nachwuchswissenschaftler, die einen Zusammenhang zwischen den Versammlung am 7. November 2020 in Leipzig sowie der Demonstration am 18. November 2020 in Berlin und dem bundesweiten Infektionsgeschehen konstruierten. Die Kernthese des Diskussionspapier ist: Da, wo Oppositionelle sind, stiegen die Infektionszahlen deutlich mehr an, als da, wo die Menschen regierungsloyal sind. Regierungsmedien griffen die Thesen in ihrer Hatz auf die Opposition dankbar auf.



Die hetzenden Saubermänner Martin Lange...

Die Schreiber des Papiers untersuchten das Infektionsgeschehen nach drei Kriterien: Erstens, der Anteil der AfD-Wähler bei der Europawahl 2019, da sie fälschlicherweise behaupten, die Demokratiebewegung würde sich mehrheitlich aus Wählern dieser Partei zusammensetzen. Dieses Kriterium taugt aber nichts, da die Demokratiebewegung nachweislich parteiübergreifend ist.

Zweites Kriterium ist der Anteil der Bevölkerung, der keine Masernimpfung hat. Für den überwiegenden Anteil der Demokratiebewegung ist jedoch nicht das Impfen generell, sondern die Impfung mit den ungetesteten Impfstoffen Grund für Protest. Auch dieses Kriterium ist Unsinn.

Als letztes Nachweiskriterium führen die aufstrebenden Wissenschaftsaktivisten die Anwesenheit von Bushaltestellen der Initiative *honkforhope* an. Diese hatte Busreisen zu den Versammlungen angeboten und ist in Sachsen und Thüringen mit Haltestellen besonders stark vertreten, da dort einer der Organisatoren mit seinem Busbetrieb ansässig ist. In diesen Bundesländern war der Anstieg der positiven Coronatests im Dezember stark. Dass dieser Anstieg auf die Bushaltestellen zurückzuführen ist, kann die Studie jedoch nicht beweisen, da nicht einmal klar ist, ob an diesen Haltestellen überhaupt Menschen in den Bus gestiegen sind. Der Anstieg der positiven Tests in Sachsen und Thüringen hängt mit anderen Faktoren zusammen.

$$Y_{ct} = \gamma_c + \gamma_t + \sum_{j=-35}^{-2} \pi_j D\{Bus_c\} * D\{t=j\} + \sum_{j=0}^{35} \phi_j D\{Bus_c\} * D\{t=j\} + \sum_{j=-35}^{-2} \alpha_j X_c * D\{t=j\} + \sum_{j=0}^{35} \beta_j X_c * D\{t=j\} + \varepsilon_{ct}$$

Diese Formel soll beweisen, dass Busse ansteckend sind. Collage: Jill Sandjaja

BRUTALER FASCHINGSSCHERZ

Gegenüber dem Nordkurier befand der Dortmunder Professor für Statistik Walter Kämmerer: »Die angeblich 21.000 Mehrinfektionen sind nicht im wahren Leben beobachtet worden, sondern sind das *Artefakt* eines statistischen Modells.« Die Studie sei »hanebüchener Quatsch«. Der Mathematiker Prof. Thomas Rießinger der Universität Dortmund äußert sich ähnlich und bestreitet, dass es sich bei dem Papier um eine wissenschaftliche Arbeit handelt: »Die Studie hat eine eindeutige politische Schlagseite. Man hat das als Input hineingesteckt, was man am Ende herausfinden wollte.«

Die sich der Herrschaft anbietenden Jungwissenschaftler haben somit Kriterien erfunden, die in die Ideologie der Regierung passen und dadurch gut bezahlte Pöstchen versprechen. In puncto Wissenschaftlichkeit, steht dieses Diskussionspapier der Rassenlehre, der Eugenik und der Lehre von der »trägen Schizophrenie« in nichts nach.



...und Ole Monscheuer sagen, dass Demonstrationen Ritualmorde seien.

Fast eine private Angelegenheit

Bundesminister nutzen private E-Mail-Accounts für den dienstlichen Austausch. | Von Erich Kartman

Das Handeln der Exekutive hat sich noch nie so stark auf das Leben der Menschen ausgewirkt. Deshalb versprach die Kanzlerin im März 2020 volle Transparenz. Ein Teil des Kabinetts kommuniziert jedoch auf Wegen, die eine Kontrolle der Regierung unmöglich macht.

Zu einer offenen Demokratie gehöre, so Merkel Anfang letzten Jahres, dass sie ihre politischen Entscheidungen transparent mache, ihr Handeln gut begründe und kommuniziere. Nun berichtet die *Welt am Sonntag*, dass einige Kabinettsmitglieder eine rechtliche Lücke nutzten: Es gibt für sie keine Regelung, wie sie ihre dienstliche Kommunikation verschicken müssen. Sie können selbst entscheiden, was »dienstlich« und was »privat« ist – selbst wenn es sich um Millionengeschäfte von Ministerien handelt – und auch ihre privaten elektronischen Postfächer nutzen. So hat zum Beispiel Gesundheitsminister Jens Spahn und Kanzleramtschef Helge Braun für den dienstlichen Austausch über die Corona-Politik bisweilen ein privates Postfach genutzt. Auch die Kanzlerin ist für ihre SMS bekannt.

Wenn private und dienstliche Kommunikation vermischt wird, liegt die Vermutung nahe, dass Informationen bewusst verborgen werden sollen. Private E-Mails, SMS oder Messengernachrichten fallen nämlich nicht unter das Informationsfreiheitsgesetz. Da sie außerdem weder archiviert noch offiziell in Akten festgehalten sind, werden später zentrale Entscheidungsprozesse kaum noch nachvollzogen werden können.

In den vergangenen Jahren hat sich mehrfach gezeigt, dass in der Regierung so kommuniziert wird, dass keine Spuren hinterlassen werden. Angela Merkel selbst ist für ihre SMS bekannt, die teils von einem CDU-Handy ausgehen – fernab der Akten. Über die Zeit der Flüchtlingskrise gibt es im Kanzleramt kaum amtliche Informationen, die per Informationsfreiheitsgesetz zugänglich wären. Und im Maut-Untersuchungsausschuss kam heraus, dass Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) ein privates GMX-Postfach dienstlich benutzt hatte – was die Aufklärung seiner Rolle in der Affäre behindert.

Die Politik muss Verantwortung übernehmen

Sind Bundestagsparteien eigentlich noch wählbar? | KOMMENTAR von Erich Kartmann

In dieser kalten Jahreszeit sehnen sich schon so manche Menschen nach dem Frühling und dem geselligen Beisammensein in Parks, Cafés und Biergärten, Open-Air-Konzerten – und vielem mehr, was das Leben eigentlich an Freude und Vergnügen bereithält.

Viele sind zuversichtlich, dass in diesem Jahr wieder ein fast normales Leben möglich sein wird. Immerhin befolgen die Bürger seit vielen Monaten loyal alle Anordnungen der Kanzlerin und Ministerpräsidenten, um sich die von ihnen immer wieder versprochenen »Lockerungen« der Corona-Maßnahmen zu verdienen. Die Bürgerinnen und Bürger werden jedoch die bittere Erfahrung machen, dass sie den Versprechen der Politiker nicht hätten glauben sollen.

Die Politik hat es immerhin seit fast einem Jahr nicht geschafft, Strategien zu entwickeln, die über stumpfe Verbote, Einschränkungen und *Lockdowns* hinausgehen. Nicht einmal die Risikogruppen wurden durch ihre Inkompetenz und Konzeptlosigkeit geschützt, während gleichzeitig ihre erratische Politik ungeheure Schäden an Gesellschaft und Wirtschaft verursacht. Trotz alledem machen die politischen Akteure unverändert weiter und jagen immer neue Angst-Säue – aktuell sind es »Mutanten« und »Impfverweigerer« – durch das Corona-Dorf.

Nun soll sogar die Bevölkerung selbst verantwortlich an der ganzen Misere sein: So haben Bundespräsident Steinmeier, Bundesgesundheitsminister Spahn und der sächsische Ministerpräsident Kretschmer diejenigen, die nicht »spuren«, beschimpft und indirekt bedroht – mit noch »schärferen Maßnahmen«.

Allerdings wird es der Politik nicht dauerhaft gelingen, von ihrer eigenen Verantwortung abzulenken. Noch sind die Forderungen nach einer gründlichen Aufarbeitung der Anti-Corona-Maßnahmen und den daraus zu ziehenden Konsequenzen kaum ein Thema, aber immer mehr Menschen werden skeptisch. Gleichzeitig ist klar: Für die Aufarbeitung wird großer Druck seitens der Bevölkerung nötig sein. So zeigt sich Spahn dafür offen – durch den Bundestag. Das allerdings wäre nichts anderes, als den Bock zum Gärtner zu machen, denn es war doch der Bundestag, der sich selbst von Anfang an freiwillig entmächtigt und damit den Offenbarungseid der Demokratie geleistet hat.

Für die Bürger besteht jedoch die zutiefst demokratische Möglichkeit, den notwendigen Druck auf die Parteien aufzubauen, bei der Bundestagswahl am 23. September. Dann sollte die Fragestellung im Mittelpunkt stehen: Sind Bundestagsparteien, die allesamt freiwillig ihre ureigenste Funktion als Gegengewicht zur Kanzlerin und ihren Ministern aufgegeben haben, in einer Demokratie überhaupt noch notwendig und wählbar? Diese Frage kann – wirkungsvoll – mit entsprechendem Wahlverhalten beantwortet werden.

»Ein wahres Wort sprechen«

Regierung und Medienkonzerne können den Kampf für ihre Lüge nicht mehr gewinnen.
KOMMENTAR von Anselm Lenz

Was für ein Fiasko für Regierung, Leitmedien und Konzerne: Den früheren »Stützen der Gesellschaft« zerbricht ihre Basis völlig. Ihnen bleiben nur noch Rücktritt, Entschuldigung und die Hoffnung auf ein mildes Urteil. Oder das immer tiefere Abrutschen in den Zivilisationsbruch: Ein »Gefangenendilemma«.

Man stelle sich vor, die Staats- und Regierungschefs treten im März 2020 an die Öffentlichkeit: »Liebe Leute, uns schmiert gerade mal wieder der Finanzkapitalismus ab. Und Ihr wisst es doch alle seit der letzten Krise, so geht es nicht weiter. Wir brauchen jetzt ein paar Monate, vielleicht ein Jahr, vielleicht drei Jahre Zeit, in denen wir inflationär Schulden machen müssen. Wir wollen mit Eurer und Gottes Hilfe nun in eine umweltfreundliche, soziale, freie, friedliche und demokratische Epoche aufbrechen. Wir bitten Euch um etwas Geduld und um Eure Unterstützung. Wir öffnen uns für Euch und werden mehr Demokratie wagen.«

Die Jugend der Welt hätte den G-20 zugejubelt, die im Sommer 2017 bei den Protesten gegen deren Gipfel in der Hamburger Innenstadt noch als unbeliebteste Menschen des Erdballs kenntlich geworden waren. Doch leider kamen sie 2020 nicht heraus, sie gestanden nicht ein, dass die Blase platzt, dass sie die Verantwortung tragen und dass sie sich nun um etwas Besseres bemühen würden. Nein, sie kamen stattdessen mit der größten Lüge der Menschheitsgeschichte und einer Kriegserklärung gegen die 99 Prozent der Weltbevölkerung: Die Corona-Grippe sei ein Zombie-Virus, der weite Teile der Menschheit dahinraffen werde, wenn sie nicht alle Grundrechte und Verfassungen brächen, uns alle in Todesängste versetzten, Gewerbetreibende, Arbeiterschaft, Mittelstand, Bildung und Kultur ruinierten, Kinder, Alte, Dienstleister, Wissenschaft und Kulturschaffende zur unproduktiven Verfügungsmasse deklarierten.

DIGITALISMUS IST NUR EIN KULT – DEMOSAISON IN HANNOVER ERÖFFNET

Dem Mantra des ewigen Wachstums wollen die Korporatisten und Grundgesetzleugner einen irren Kult der Digitalisierung und der völligen Zerstörung zivilisierten Lebens folgen lassen; die wahnhaften Ideen von New-Age-Sekten aus dem Silicon Valley. Der Kern: Technologie am menschlichen Körper und totalitäre Kontrolle durch Staaten und Konzerne sollen eine neue Ära begründen. »*What you see is what you get.*« Diesem ein Jahrzehnt lang vorbereiteten Frankenstein-Horror gingen Merkel, Biden und Konsorten auf den Leim. Im Hintergrund stehen Wahnsinnige, die in Filmen wie »Dr. No«, »Matrix«, »Die kommenden Jahre« und in den Werken von Schriftstellern wie Herbert George Wells, Aldous Huxley und Christian Kracht noch geradezu belustigend vorweggenommen worden waren. Und nein, das ist keine religiöse oder ethnische Gruppe, sondern Pharma-, Rüstungs- und Big-Tech-Lobby und deren Marionetten.

Die Impf-Gurus sind dieselben Mörder, die die sinn- und endlosen Kriege der letzten 30 Jahre angezettelt haben, bei denen es um Ölquellen und Weltherrschaftsfantasien der US-amerikanischen Oligarchen ging, die die Maschinerie des Kalten Krieges bis heute am Laufen halten. Es sind dieselben, die Umweltzerstörung und verhungernde Kinder in der Welt zumindest an mächtiger Stelle mitzuverantworten haben. – Und genau diese Leute wollen uns nun ins Gesicht und in die Blutbahn, uns einsperren und kontrollieren?

Es gibt allen Anlass dazu, sich zur Wehr zu setzen. Ein »Ich möchte lieber nicht« reicht nicht aus, ein deutliches »Nein!« ist anzuraten und steht jedem zu. Ein »Nein, nein und nochmals nein und das wird sich auch nicht ändern« ist durchaus angebracht. Millionen leisten Widerstand, aber die Irritationen im Alltag sind viel zu gering. Im Grunde sollte jeder, der gegen den Bruch mit den Grundrechten ist, Klopapier aus dem Fenster hängen. Wir sind überall, wir sind in jedem Haus, in jeder Behörde, in jedem Sportverein. Jede Kaschemme wird zur Flüsterkneipe, jede Jogger könnte ein Exemplar des Grundgesetzes bei sich tragen. Es gibt keinen Ort mehr, an dem die Demokratiebewegung nicht vertreten wäre.

WIEDEREINGLIEDERUNG DER CORONISTEN INS ZIVILE LEBEN

Nur Einsicht, Umkehr und eine Hinwendung zur echten Demokratie und den Völkern der Welt ermöglicht auch eine soziale und ökologische Verbesserung, die auf einem haltbaren Fundament bestehender Fortschritte aufsetzt. Die Jugend der Welt ist zu einer Wende bereit, zu einer Umstellung der Produktion auf seriöse Ökologie und viel mehr Gemeinwohl. Aber nicht zum Preis der Freiheit. Wer sich gegen die Freiheit, die Grundrechte und das Menschenrecht wendet, verliert. Immer. Die Frage nach dem Ausweg für die Regierungsbeteiligten muss die Demokratiebewegung nicht beantworten. Die befindet sich in einem klassischen »Gefangenendilemma«. Kronzeugen gibt es bereits genug. Es gilt jene zu feiern, die nach und nach »ein wahres Wort sprechen« (Giorgio Agamben). Und auch das werden kumulativ täglich mehr.

Den vollständigen Artikel als Podcast auf KenFM.de hören oder lesen, erschienen am 17. Februar 2021.



USK GREIFT IN VERSAMMLUNG EIN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Karl Hilz wurde während seiner Rede abgeführt. Es ist nicht das erste Mal, dass die bayerische Polizei ihren ehemaligen Kollegen Karl Hilz (Kriminalhauptkommissar a. D.) von einer Demonstration entfernt. Neu ist aber, einen Redner während seiner Ansprache, bei der eben keine Maskenpflicht herrscht, von der Bühne zu zerren.

Zwar handelt es sich hierbei nicht um Polizeigewalt, auch wenn dies einige immer wieder so betiteln, es handelt sich aber um polizeiliche Willkür, die einer strafrechtlichen Würdigung zugänglich ist.

Karl Hilz hat mir mitgeteilt, dass er vom USK, dem Unterstützungskommando der bayerischen Polizei, von der Bühne gebracht wurde, weil der Polizeiführer mit ihm sprechen müsse. Es stellte sich heraus, dass dies nur ein Vorwand war. Statt des Gesprächs mit dem Polizeiführer wurde Hilz vom Platz gebracht, von einer ganzen Hundertschaft abgeschirmt, die Presse wurde behindert und Hilz für drei Stunden in Gewahrsam genommen. Es sollten seine Personalien aufgenommen werden, die polizeibekannt sind, weil Hilz schon vielfach kontrolliert wurde, und das USK hat ihn ja auch namentlich angesprochen.

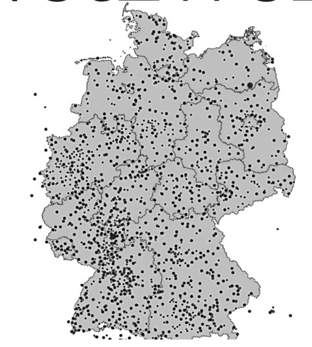
OHNE DOKUMENTATION

Es erfolgte ein mündlicher qualifizierter Platzverweis für sämtliche Versammlungen in München am 14. Februar. Die Polizei weigerte sich, diesen Platzverweis in Schriftform auszuhändigen, trotz mehrfacher Aufforderung durch Hilz. Hierzu sei angemerkt, dass gemäß § 37 Abs. 2 Satz 2 VwVfG ein mündlicher Verwaltungsakt schriftlich zu bestätigen ist, wenn hieran ein berechtigtes Interesse besteht und der Betroffene dies unverzüglich verlangt. Beide Voraussetzungen lagen vor. Rechtswidrige Polizeiarbeit soll offenbar nicht schriftlich dokumentiert werden.

Schwerer wiegt allerdings die strafrechtliche Würdigung. Eine Festnahme zur (vermeintlichen) Feststellung der Personalien ist eine Freiheitsberaubung. Die Behinderung der Pressearbeit erfüllt regelmäßig den Tatbestand der Strafvereitelung im Amt. Einen Redner ohne Vorwarnung von der Bühne zu holen, ist eine grobe Störung einer nicht verbotenen Versammlung. Strafanzeigen und Dienstaufsichtsbeschwerden wurden bereits gestellt.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt, Bürgerrechtler und Journalist. Er ist Preisträger der Republik. Haintz hat einen Telegrammkanal: t.me/haintz

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Datum/Zeit	Ort	Veranstaltung
20.02.2021 14-16 Uhr	Stuttgart, Staatstheater	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Oldenburg, Schlossplatz	Schweigemarsch
20.02.2021 13-17 Uhr	Hamburg, Parkplatz Glacischaussee	Autokorso
20.02.2021 12:45-15 Uhr	Neubrandenburg, Stadthalle	Autokorso gegen Angst- und Panikpolitik
20.02.2021 12:45-15 Uhr	Neubrandenburg, Parkplatz Am Waldfriedhof	Autokorso "Insolvenzen verhindern"
20.02.2021 12:45-15 Uhr	Neubrandenburg, Parkplatz am Augustabad	Autokorso für unsere Grundrechte
20.02.2021 14-15 Uhr	Wien, Sankt Mariahilf	Das große Schaf-Erwachen
20.02.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
20.02.2021 13-15:30 Uhr	Singen, Parkplatz Hallenba	Autokorso Singen
20.02.2021 14-14 Uhr	Frankfurt am Main, Weseler Werft (Platz)	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Hamburg, Jungfernstieg	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Berlin, Walter-Schreiber-Platz	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Hannover, Georgsplatz	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Köln, Heumarkt	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Zeitz, Altmarkt	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Eisenberg, Busbahnhof	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Mönchengladbach, Alter Markt	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Gera, Theaterplatz	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Nürnberg, Richard-Wagner-Plat	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Pirmasens, Meßplatz	Schweigemarsch
20.02.2021 14-16 Uhr	Linz, Neues Rathaus	Schweigemarsch
20.02.2021 13:45-16 Uhr	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
20.02.2021 13:30-16:30 Uhr	Moers, Filder Straße 140 (P vor der Enni Eiswelt)	1. Autokorso Moers
20.02.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
20.02.2021 15-17 Uhr	Innsbruck, Landhausplatz	Großdemo - Tirol steht auf
20.02.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bad Ischl, Kurpark	Spaziergang für Zusammenhalt & Aufhebung der Corona-Maßnahmen
20.02.2021 14:30-17 Uhr	Waibstadt, Parkplatz Stadthall	Autokorso für Grundrechte
20.02.2021 14-17 Uhr	Zweibrücken, Parkplatz Festhall	Autokorso für Grundrechte
20.02.2021 14-18 Uhr (jeden Sa)	Berlin, Alexanderplatz	Für die Aufhebung aller Corona-Maßnahmen
20.02.2021 17-18 Uhr (täglich)	Gerlingen, Solitudestr. 20	Mahnwache für Änderung der Besuchsregeln in Kliniken
20.02.2021 13:30-18 Uhr	Offenburg, Platz der Verfassungsfreunde	Aufzug & Autokorso
20.02.2021 18:30-19:30 Uhr (täglich)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Tägliche Mahnwache auf dem Marktplatz
20.02.2021 17-20 Uhr	Sassnitz, Rügenplatz	Lichtermarsch
20.02.2021 19-21 Uhr	Eugendorf, Ort auf Anfrage	Coronasprechstunde mit Schiessler & Rösch
20.02.2021 19:30-21:30 Uhr	Nürnberg, Hauptmarkt	Ein Licht für Maßnahmenopfer
21.02.2021 14-16 Uhr	Reutte, Auf Anfrage	Demospaziergang
22.02.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
24.02.2021 15-19 Uhr (jeden 2. Mi)	Enzesfeld-Lindabrunn, Wiener Neustädterstraße	Arbeitsgruppe Positiver Wandel
27.02.2021 14-17 Uhr	Graz, Stadtpark/Ententeich/Messe/Griesplatz	Sternmarsch
27.02.2021 14:30-18 Uhr	Augsburg, Ulrichsplatz	Demozug
20.03.2021 12-16 Uhr	Kassel, Königsplatz	Weltweite Mega-Demo
20.03.2021 12-18 Uhr	Berlin, Vor dem Bundestag	Großdemo

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

»Wir bleiben auf der Straße«

Schweigemarsch in Köln extra nur zu fünft

»Die Verantwortlichen beweisen wieder mal, dass es bei all den Verordnungen nicht um die Gesundheit der Menschen, sondern um die Einschränkung der Demonstrationsfreiheit geht«, empört sich die Initiatorin des Schweigemarsches Andrea Drescher.

Das Team für Köln hat jedenfalls beschlossen, dass man der Stadt aufgrund der angeblichen gesundheitlichen Gefährdung entgegenkommen will. Und die Veranstaltung zur Sicherstellung des Erhalts der Demonstrationsfreiheit in Deutschland mit fünf Menschen durchführen wird. Unter dem Motto »Egal was ihr tut, egal was ihr anordnet – wir bleiben auf der Straße. Jetzt erst recht!«, wird in Köln Gesicht gezeigt. Im Vorfeld hatte der Anmelder des Februar-Schweigemarsches ein moralinsaures Schreiben der Kölner Versammlungsbehörde erhalten. Darin ist zu lesen: »Aufgrund der aktuellen Situation, vor allem im Hinblick auf die auch in Köln nachgewiesene Mutation des Virus, bitte ich Sie noch einmal, über Ihr Ansinnen nachzudenken. Ihr Vorhaben könnte einen negativen Eindruck in der Öffentlichkeit hinterlassen.« Dieses Vorgehen ist in Köln leider kein Einzelfall. Ob am 22. November oder am 20. Dezember des Vorjahres: Die Schweigemärsche durften immer nur stehend und mit gravierender Beschränkung der Teilnehmerzahl stattfinden. Die Teilnehmer wurden auch explizit darauf hingewiesen, dass bei genereller Maskenpflicht im Freien die symbolische Entsorgung der Maske nur mit Zweitmaske erfolgen solle.

Nicht nur in Köln, sondern in weiteren 14 Städten in Deutschland und Österreich finden am 20. Februar Schweigemärsche statt. Der Schweigemarsch startet überall zeitgleich um 14 Uhr. Und Drescher erklärt abschließend: »Wir fordern alle Menschen auf, in die nächstgelegene Stadt zu kommen und sich zu zeigen. Es geht um unsere Demokratie.« (sma)

In Bayern brodelt's

Unser rasender Reporter Clark Kent *berichtet aus der ganzen Republik von Demonstrationen der Demokratiebewegung.*

Diesmal ging die Route von Stuttgart über Ulm, Kaufbeuren, Kempten bis nach München.

Die Landschaft in Bayern ist sehr schön, und alles war mit Schnee bedeckt. Nur wer geht bei diesen Temperaturen für die Demokratie auf die Straße? Am Samstag in der Stadt Kaufbeuren kamen bei Schnee und Eis etwa 150 Menschen. Neben einigen Rednern aus der Gegend war auch Michael Ballweg da. Ganz überraschend kam sogar Superman als letzter Sprecher in seinem Sommeranzug auf die Bühne. Die Demonstration verlief sehr ruhig, die Polizei war sogar irgendwie nett. Ein durch ein Attest »maskenbefreiter« Mann ist allerdings wegen der Maske umgekippt, weil er doch eine tragen musste. Der Mann erholte sich zu Glück schnell und durfte dann auch ohne Maske weiter an der Versammlung teilnehmen. Muss es erst soweit kommen?

Der Pressesprecher der Gegendemonstration erklärte mir, dass auch sie die Maßnahmen für überzogen halten und ebenso für das Grundgesetz auf die Straße gingen. Der Unterschied zwischen den Gruppen ist gar nicht mal so groß.

In München gab es am vergangenen Sonntag gleich sechs Demonstrationen über die Stadt verteilt. Superman durfte die Eröffnungsrede in Giesing halten, dann ging es zum Marienplatz, wo der verfassungstreue ehemalige Polizist Karl Hiltz von der Bühne geholt wurde, dann ging es zum Max-Joseph Platz. Obwohl Superman angedroht wurde, dass man ihn abführen würde, wenn er den Platz nicht verließe, hielt er seine Rede, denn das hält einen Superhelden nicht auf. Am Stachus durfte ich, Clark Kent, dann reden und zum Finale war der Punisher dann an der Theresienwiese dran.

Durch mehrere Gespräche mit der Polizei ist mir eine Sache klar geworden: Menschen, die normal leben wollen, werden kriminalisiert. Der Staat und die Regierung nehmen es nicht nur in Kauf, undemokratisch zu handeln, sondern zerstören mit Absicht unsere Menschlichkeit. Das alles erinnert nicht nur an eine Diktatur, sondern auch an einen schlechten Film. Auf die Frage, was passieren würde, wenn sich das Ganze als ein Irrtum entpuppt, antwortete ein Polizeibeamter, dass wir dann ein richtiges Problem hätten, auf das niemand eine Antwort hätte. Etwa zur gleichen Zeit berichtete der *NDR*, dass es in einem Seniorenheim fünf Tote nach der zweiten Impfung gab. Diese Luftnummer bröckelt.

Wenn wir alle zusammenarbeiten, hat die Regierung ein Problem. Aber noch werden die Menschen kriminalisiert, separiert und zermürbt. Egal, wie gefährlich der Virus ist, diese Regierung ist noch viel gefährlicher, und wir werden weiterhin Maßnahmen ergreifen, um das zu stoppen. Wir fordern: »Die Regierung muss weg!«



Friedensaktivistin Eva Rosen spricht in Hannover.

Wir sind unteilbar

Zum Valentinstag in Hannover: 5.500 Gewerkschafter und Vertreter der Demokratiebewegung eröffnen die Saison der Großdemos. | Von Anselm Lenz

Minusgrade und Schneelandschaften. Das Niedersachsenstadion liegt vor winterblauem Himmel. Der Valentinstag fällt 2021 auf einen Sonntag. Und dann strömen sie mit Luftballonherzen herbei: Die Gewerkschafter der neuen Demokratischen Gewerkschaft (DG).

Moderator Nana Domena Lifestyler und der Gewerkschaftsführer Daniel Ré strahlen über die ganzen Gesichter. Ein gigantischer Erfolg für eine Gewerkschaft, die erst am 2. August 2020 gegründet worden ist, zeichnet sich bereits vor Beginn ab. Hundertschaften stapfen unbeholfen über den schneebedeckten Schützenplatz in Hannover. Doch die Kundgebung ist angemeldet und genehmigt. Die Stadt Hamburg hatte die Genehmigung verweigert.

Und so wird die Leine-Metropole, stark in Industrie und Handwerk, um ein echtes Valentinsereignis bereichert: Die Liebe der Werktätigen. Aktivistin Eva Rosen spricht auf der Bühne zum Thema: »Mir ist angesichts der Unmenschlichkeiten des Corona-Regimes gar nicht so nach Liebe zumute.« Aber angesichts des umfassenden Widerstands in allen Landesteilen, in allen Behörden und auf allen Ebenen werde Schlimmeres verhindert und die Zukunft vorbereitet.

»Mehr Demokratie wagen«, darum geht es auch DG-Sprecher Daniel Ré. Eine echte Gewerkschaft musste her, nachdem sich die hochbezahlten Führungsfunktionäre der alteingesessenen DGB-Gewerkschaften unter Corona feindlich gegen Arbeiter und Mittelstand aufstellten. Die Gewerkschaft ist in kaum einem halben Jahr auf über 10.000 Mitglieder angewachsen. Gewerkschaftsmitgründer und DW-Herausgeber Hendrik Sodenkamp spricht darauf an, dass viele DGB-Betriebsräte unter Corona völlig versagen: Sie setzen sich zu oft nicht für jene ein, die etwa keine Maske tragen können oder wegen oppositioneller Ansichten drangsaliert würden. Die DG schaffe dagegen kampfstarke Abhilfe, die sich straff durchorganisiert und in etlichen Betrieben und Behörden bereits gut vertreten ist.

DAS FEST DER WERKTÄTIGEN

Moderator Nana Domena legt Wert auf Herzlichkeit und heizt die Menge immer wieder an. Kalt wird es allenfalls von außen. In der Ferne skandiert ein paar Minuten ein hilfloses Grüppchen von etwa 15 Antifaschisten im Konzernauftrag. Eine Antifaschistin, die mit dem überdimensionierten Plakat und dem Auftreten der Funktionäre aus vermeintlich linken Parteien nichts anfangen kann, gesellt sich mit ihrem Antifa-Fähnchen schließlich zur Menge der DG-Veranstaltung. Sie wird von den Arbeitern, Angestellten Rentnern, Tagesjobbern und Gewerbetreibenden mit offenen Armen willkommen geheißen. Nach zwei Stunden löst sich die Demonstration diszipliniert auf. Versuche von einzelnen Einheiten der absurd überdimensionierten Polizeitruppen, doch noch für Unannehmlichkeiten zu sorgen, versiegen auf dem schwierigen Geläuf des Schnees. »1, 2, 3, danke Polizei!«



Liebe und Umarmungen zum Valentinstag.



Die Gesandten der DW-Redaktion stehen und halten zusammen und dies nicht nur auf der Bühne beim Lovefestival *der Gewerkschaft.* Fotos: Hannes Henkelmann

Fest steht zum Schluss auch für die DG: Die Demokratiebewegung ist unteilbar! Eine handlungsfähige Gewerkschaft ist ein wichtiges Element zur Vertretung der Arbeiterschaft und der Angestellten. Klar gestellt wird auch: Die Ziele der Demokratiebewegung sind von Beginn an rational, nachvollziehbar und realistisch durchführbar. (demokratischegewerkschaft.de)



DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

1989 — 2020

DIE FRIEDLICHE REVOLUTION WIRD VOLLENDET

NICHTOHNEUNS.DE

ZEITUNGSWUNDER 20/21: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 11 Millionen in 37 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N°17 vom 29. August 2020.

JAHRESABO 2021 ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de

POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Tausenden einzelnen SpenderInnen und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit dem entsprechenden Betrag in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ______________________

TELEFON + E-MAIL ______________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ______________________

POSTLEITZAHL UND ORT ______________________

K.D.W. e.V.
Berliner Allee 150
13088 Berlin

MEDIALER WIDERSTAND

»Der Versuch der feindlichen Übernahme unserer Gesellschaften ist eine gute Gelegenheit für die Freiheit.« Der Unternehmer und Publizist Wolfgang Jeschke im Interview | Von Hannes Henkelmann

Bis vor kurzem hatte der Bremer Wolfgang Jeschke noch ein eigenes Magazin namens *Laufpass* am Markt, zog sich dann aber durch einen Artikel den Zorn der Mächtigen zu, geriet ins mediale Kreuzfeuer und wurde wirtschaftlich unter Beschuss genommen. Aber er knickte nicht ein, sondern legte nochmals nach.

DW: Können Sie Ihre Zeitschrift kurz vorstellen und erklären, was es mit dem sportiven Namen auf sich hat?
Wolfgang Jeschke: Der *Laufpass* war bis August 2020 ein harmloses Regionalmagazin mit gelegentlich kritischen Berichten zu Fragen der Zeit. Sein Name bezieht sich auf das Dokument, welches Soldaten im 18. Jahrhundert nach Ableistung ihres Wehrdienstes erhielten. Wer dieses Dokument in den Händen hielt, galt wieder als freier Bürger. Der freie Bürger – das Bild gefiel mir.

Sie waren 16 Jahre am Markt etabliert, bis Sie die Ausgabe 65 veröffentlicht haben.
Mit der August-Ausgabe habe ich offenbar den Nerv der dunklen Mächte getroffen. Sie trug den Titel »Das Ende der Angst«. Im Leitartikel zeigten wir anhand zahlloser Quellen auf, dass es keinen Grund gab, sich vor einer Corona-Pandemie zu fürchten. Wir lieferten zu jeder angsterzeugenden Behauptung Gegenpositionen. Bereits in der Ausgabe zuvor hatten wir mit »Der Corona-Staat« eine deutliche Kritik an der medialen und politischen Inszenierung vorgenommen. Die massiven Angriffe auf mich und mein Medium erfolgten aber erst, als wir das Angst-Narrativ im August 2020 demontierten – offenbar weil die Angst die Grundlage der Pseudo-Pandemie ist. Keine Angst – keine Pandemie.

Wie sahen die Angriffe aus?
Anonyme Massen-Mailings an die Kunden meines Verlags und meiner Agentur, anonyme Anrufe bei meinen Kunden, das *Framing* als Corona-Leugner und Schlimmeres durch die *Nordsee-Zeitung*, gefolgt von diffamierenden Beiträgen von *Radio Bremen* in Radio und TV, aber auch direkte Einflussnahme auf Großkunden. Einen sachlichen Diskurs gab es nie. Auch die regionale Politik mischte mit und setzte sich mit Kunden in Verbindung. Das war sehr wirksam und ging erstaunlich schnell. Meine Kunden und auch vermeintliche Freunde lernten die Lektion innerhalb von Wochen und wendeten sich ab: Bestrafe einen, erziehe viele.

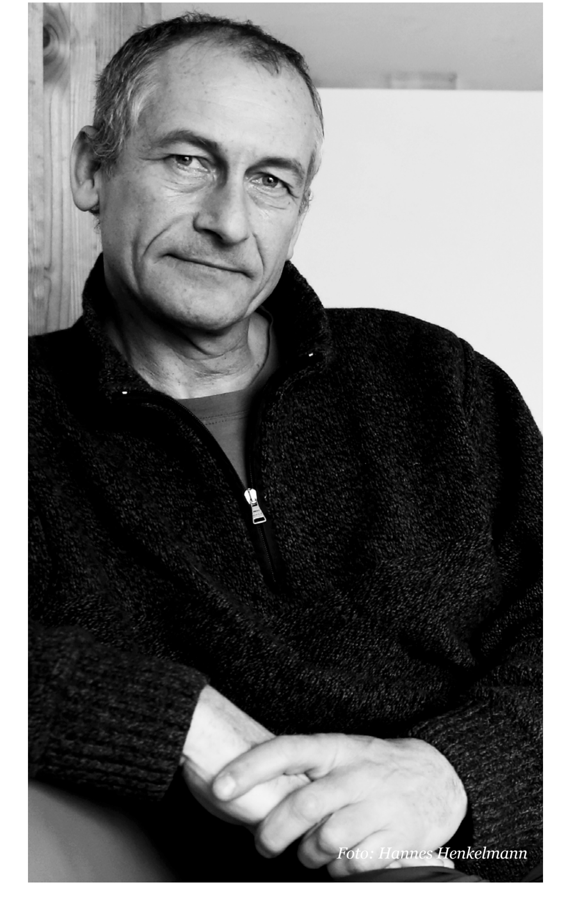
Wie hoch war der wirtschaftliche Schaden? Was wurde aus Ihren langjährigen Mitarbeitern?
Wir zählen noch, aber eine halbe Million Euro sind schon verbrannt. Mein Team ist gut bei einem Geschäftspartner untergebracht und muss sich erst mal keine Sorgen machen. Die Dezember-Ausgabe haben wir dann ausschließlich dem aktuellen Themenkomplex gewidmet. Es wurde das wichtigste und schönste Heft seit Gründung des Magazins – mit vielen tollen Autorinnen aus der Bevölkerung, aber auch Ärzten, Philosophen, Krankenpflegerinnen. Es wird jetzt online unter www.laufpass.com von mir fortgeführt und erreicht mittlerweile hunderttausende Leser im deutschsprachigen Raum.

Ich habe ein Exemplar und möchte an dieser Stelle eine unbedingte Kaufempfehlung aussprechen …
Danke, aber es ist kostenlos online zu lesen, man kann es sich herunterladen und es wird gegen einen Unkostenbeitrag auch versendet. Ich habe noch etliche Exemplare – denn die regionale Administration hat die Auslage des Mediums in staatlich finanzierten Einrichtungen verboten.

Wie bewerten Sie die aktuelle Situation?
Die unter dem Deckmantel einer Pandemie inszenierte Krise ist eine politische Krise – keine gesundheitliche. Es geht um Geld, Macht, Kontrolle. Corona ist auf der wissenschaftlichen Ebene hinreichend beschrieben und als normale Grippewelle entlarvt. Die handelnden Personen, die Pandemietreiber und Profiteure sind sichtbar. Die Motive der Protagonisten sind öffentlich geworden. Wir haben seit Januar 2020 virologisch, epidemiologisch, medizinisch und statistisch jeden Nachweis dafür erbracht, dass die Corona-Pandemie inszeniert wurde. Wir können detailliert belegen, dass es eine massive Falschberichterstattung über fast alle Medien hinweg gegeben hat und weiterhin gibt. Die Verstöße gegen den Pressekodex sind hinreichend dokumentiert. Die gesammelten Fakten zu PCR-Tests, Inzidenzen und Statistikfälschungen sind gerichtsfest. Die Manipulation durch die WHO, das RKI und die Politik sind dokumentiert. Die vorliegenden Studien sind belastbar, die Zahlen liefern solide Beweise.

Dass die Exekutive das Corona-Narrativ weitertreibt, ändert nichts an den Tatsachen. Diese werden wir weltweit vor Gericht vortragen und dafür sorgen, dass die Verursacher der Krise und ihre Profiteure den gerechten Preis bezahlen müssen. Das Urteil der Geschichte steht längst schon fest. Sie haben es in ihrem Hochmut nur noch nicht verstanden.

Sie bleiben also weiterhin im Widerstand aktiv! In welcher Form?
Jetzt erst recht: Durch die Angriffe auf meine Existenz habe ich ja nun dankenswerter Weise viel mehr Zeit, mich um all diese Halunken zu kümmern. Wir werden



Wolfgang Jeschke lässt sich nicht einschüchtern: »Die inszenierte Krise ist eine politische Krise.«

diesen Irrsinn gemeinsam beenden und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen. Ich tue das mit Freunden publizistisch, durch Aufklärung, Vernetzungsarbeit mit anderen Bürgerrechtlern, Rechercheunterstützung für Journalisten und Anwälte, aber auch durch Klagen gegen die verfassungsfeindlichen Bestrebungen unserer Exekutive. Und danach müssen wir allerhand neu gestalten, in unserer Gesellschaft, denke ich. Nutzen wir den Versuch der feindlichen Übernahme unserer Gesellschaften als Gelegenheit für einen guten Neuanfang. Es ist Zeit aufzustehen. Wenn nicht jetzt, wann dann?

Die Plattform: www.laufpass.com
Das Sonderheft Nr. 66 »Freiheit & Demokratie«: https://laufpass.com/wp-content/ausgaben/eBook/eBook_0420/
Die Nr. 64 »Der Corona-Staat:« https://laufpass.com/gesellschaft/der-corona-staat-wie-ein-erreger-die-gesellschaft-veraendert/.
Die Nr. 65 »Das Ende der Angst«: https://laufpass.com/corona/das-ende-der-corona-angst/

Briefe an die Redaktion

SYSTEM ODER KUNST?

Der Ausbruch aus dem System, vor allem seine Überwindung – die mit der Zurücknahme der Corona-Notstandsgesetze, so wichtig das auch sein mag, noch lange nicht geleistet ist – ist kein Sonntagsspaziergang. Eher ein *Junglecamp live*. Wobei es reine Kraft- und Kunstverletzung wäre, wenn man die Schneisen im Dschungel, die z. B. Joseph Beuys, Rudolf Steiner oder der gänzlich unbekannte Wilhelm Schmundt (zum Geldbegriff) im 20. Jahrhundert schon geschlagen haben, unbenutzt ließe. Und wenn diese großen deutschen Geister, Dichter, Denker und Künstler von Medienleuten, Politikern oder sonstigen Amtspersonen als Scharlatane abgetan werden, dann sagt das nur etwas über den Geisteszustand dieser Leute aus. Schönheit wird eher im Dschungel zu finden sein – sign. Gretchen Dutschke

WIDERSTANDSKRAFT

Vielen Dank für die Ausgabe 32, die ich im Zug gelesen habe. So bin ich über die aktuelle Entwicklung informiert als auch über das Geschehen im Hintergrund, das einmal mehr Hermann Ploppa faktenreich erhellt. 2021 werden wir einen langen Atem nötig haben, überhaupt Widerstandskraft und Durchhaltevermögen. Dabei werden uns auch Vitamin D3 und Wasserstoffperoxid helfen, gesund zu bleiben und nicht in Zweifel und Trübsinn zu verfallen – Klaus

IN UNSEREM BUNDE!

Eure Arbeit muss ihren Sinn erfüllen. Das ist wichtig! Ich habe niemanden, dem ich diese Zeitung geben kann. Im Haus rennen fast alle Bewohner mit dem Entmündigungsfetzen herum. Manche wollen unbedingt den Fahrstuhl allein benutzen … Ich sei, gewährt mir die Bitte, in Eurem Bunde die X-Millionste! Danke für Eure Weitsicht, Eure Energie und Euren Mut – Claudia L., Berlin

KÄMPFEN

Was ihr geleistet habt und leistet, ist eigentlich nicht in Worte zu fassen, dafür mehr als nur ein Dankeschön von meiner Frau und mir. Wir werden euch auch weiterhin immer wieder was zukommen lassen, da wir mit deutlich über 60 einfach mittlerweile etwas demomüde sind. Wir werden selbstverständlich auch weiterhin kämpfen – mit unseren Möglichkeiten! – Ilona und Reinhard

SCHÖN, DASS ES EUCH GIBT

Der Demokratische Widerstand ist die heutige Maßgröße für die Berichterstattung zum Thema Corona. Vielen Dank für euren Mut und euer Engagement! Pfiadi aus den Allgäuer Bergen – Alex

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 37. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und knapp 10 Millionen gedruckter Exemplare 2020 dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
Auf der Internetseite *demokratischerwiderstand.de* können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.

Aboprämie

An die nächsten **500** Abonnenten können wir zum Dank den Bildband **»Zwei Tage in Berlin«** von Hannes Henkelmann verschenken. Der Fotograf dokumentiert die Demonstrationen mit zwei Millionen Teilnehmern vom 29. bis zum 30. August in Berlin und die erste Verfassungsgebende Versammlung 2020.



Impfen und Klimamanipulation – die zwei Steckenpferde von Bill Gates

Viren und Klimawandel können den ewigen Ausnahmezustand rechtfertigen. | Von Hermann Ploppa

Onkel Bill hat ein Buch geschrieben. Diesmal geht es nicht um weltumspannende Zwangsimpfungen aller Erdenbürger.

Der Microsoft-Gründer Bill Gates erklärt in seinem aktuellen Buch »Wie wir die Klimakatastrophe verhindern«. Wenn wir Gates begleiten bei seinem Kampf gegen die Klimakatastrophe, dann werden viel mehr Elektroautos gebaut als bisher. Besonders die deutschen Autobauer sollen sich da mal gefälligst mehr am Riemen reißen. Denn die Deutschen sind ja so innovativ. Auch müssen jetzt viel mehr Atomkraftwerke gebaut werden. Natürlich nicht die alten Brüter. Sondern nukleare Varianten des Perpetuum Mobile: Die neuen Laufwellenreaktoren-AKWs essen ihre gerade abgereicherten Stangen noch einmal auf und reichern sie dabei wieder an.

Und der Multimilliardär öffnet seine Geldbörse und lässt einige Millionen springen für *Start-up*-Unternehmen, die neue Energiespeicher entwickeln. Oder auch Geräte, die das überschüssige Kohlendioxid aufsaugen und damit das Klima wieder reinigen. Wir sehen: Bill Gates hat wieder einmal, wie schon bei der Corona-Impfung, nur unser aller Wohl im Blick.

Was man nun allerdings nicht aus seinem Buch erfahren kann: Der amerikanische *Software-Kaiser* investiert nicht nur in Kohlendioxid-Staubsauger. In dem sogenannten *Scopex*-Experiment bereiten Forscher wie David Keith von der Harvard-Universität die Ausbringung von Partikeln in der Atmosphäre vor. Diese Partikel sollen Sonneneinstrahlung auf die Erdoberfläche deutlich reduzieren und auf diese Weise die Erderwärmung verlangsamen. – Dürfen die das? Dabei wird die Sonneneinstrahlung wegen der stark zunehmenden Schmutzpartikel in der Atmosphäre sowieso schon abgefangen, bevor sie die Erdoberfläche erreichen kann. Dieses sogenannte *Solar Dimming*, übersetzt etwa Sonnenverdunkelung, beträgt vier Prozent seit 1990! Und nun soll die Erde also glatt noch einmal deutlich verdunkelt werden, weil die Industrie nicht gewillt ist, auf die Verschmutzung der Atmosphäre zu verzichten.

VERHANDLUNGEN IN »ELITÄREN« RUNDEN

Wüsste die Öffentlichkeit davon, wie weit die Vorbereitungen zur Manipulation unseres Klimas bereits vorangeschritten sind, dann würde sich mit Sicherheit ein breiter Protest formieren. Deshalb wird das sogenannte *Geoengineering* – also die Eingriffe in die natürlichen Klimakreisläufe – an diskreten elitären Runden Tischen verhandelt. Das gemeine Volk soll die Planungen nicht stören. Die Manipulation des Wetters und des Klimas wird bereits seit über einhundert Jahren betrieben. Bereits im Jahre 1910 hatte ein sogenannter Regenmacher im kalifornischen San Diego eine furchtbare Überschwemmung ausgelöst. Meistens geht es darum, Regen zu machen oder ihn zu vermeiden. Weinbauern in Deutschland fliegen mit ihren Sportflugzeugen in die Wolken und sprühen Silberjodid, damit ihre Weinreben beregnet werden. Die Partikel sammeln als Kondensationskerne Eis um sich herum an, das dann als Regen zur Erde fällt. Im Vietnamkrieg waren es die Amerikaner, die Silberjodid in die Wolken schossen und damit die Monsunperiode um ein Drittel ihrer Dauer verlängerten. Damit sorgten sie dafür, dass der Ho-Tschi-Minh-Pfad für die Vietkong unpassierbar wurde. Die Chinesen wiederum schossen Silberjodid in die Wolken der Umlandgemeinden von Peking. Damit ergoss sich der Regen schon vor Peking, und die Sommerolympiade im Jahre 2008 konnte bei strahlendem Sonnenwetter stattfinden.

VULKAN INSPIRIERT KLIMAKLEMPNER

Das sind allerdings nur die punktuellen Wettermanipulationen. Der globale Blick ergab sich, als die Durchschnittstemperaturen in auffälliger Weise zunahmen und die Erderwärmung ein großes Thema wurde. Wie sollte man dagegen vorgehen? Zur Erleuchtung der Klimaklempner trug unverhofft der dramatische Ausbruch des Vulkans Pinatubo auf den Philippinen im Jahre 1991 bei. Im Laufe des nachfolgenden Jahres ging die globale Erdtemperatur im Durchschnitt um 0,5 Grad Celsius zurück. 1992 wurde das erste größere Papier zum *Geoengineering* von den Spitzen der US-amerikanischen Wissenschaft in Zusammenarbeit mit Öl- und Autokonzernen erstellt. Die Idee war geboren, Partikel jetzt auch weiter oben in der Stratosphäre auszustreuen, um mit Eiskondensation die Sonneneinstrahlung zu dämpfen. Diese Manipulation des Sonnenscheins bekam den Namen *Solar Radiation Management* (SRM) – also Sonnenstrahlenverwaltung. Als weitere Möglichkeiten der Steuerung der Sonnenstrahlen sind seitdem noch in der Diskussion: riesige Spiegel im Weltraum, die die Sonnenstrahlen zurückwerfen; fest stationierte Schiffe auf den Ozeanen, die permanent Partikel in den Himmel schießen. Als in Großbritannien die Idee ausgebrütet wurde, mithilfe eines Fesselballons Partikel in den Himmel zu schicken, wurde dieses SPICE genannte Projekt im Jahre 2012 nach heftigen Protesten der Öffentlichkeit eingestellt.

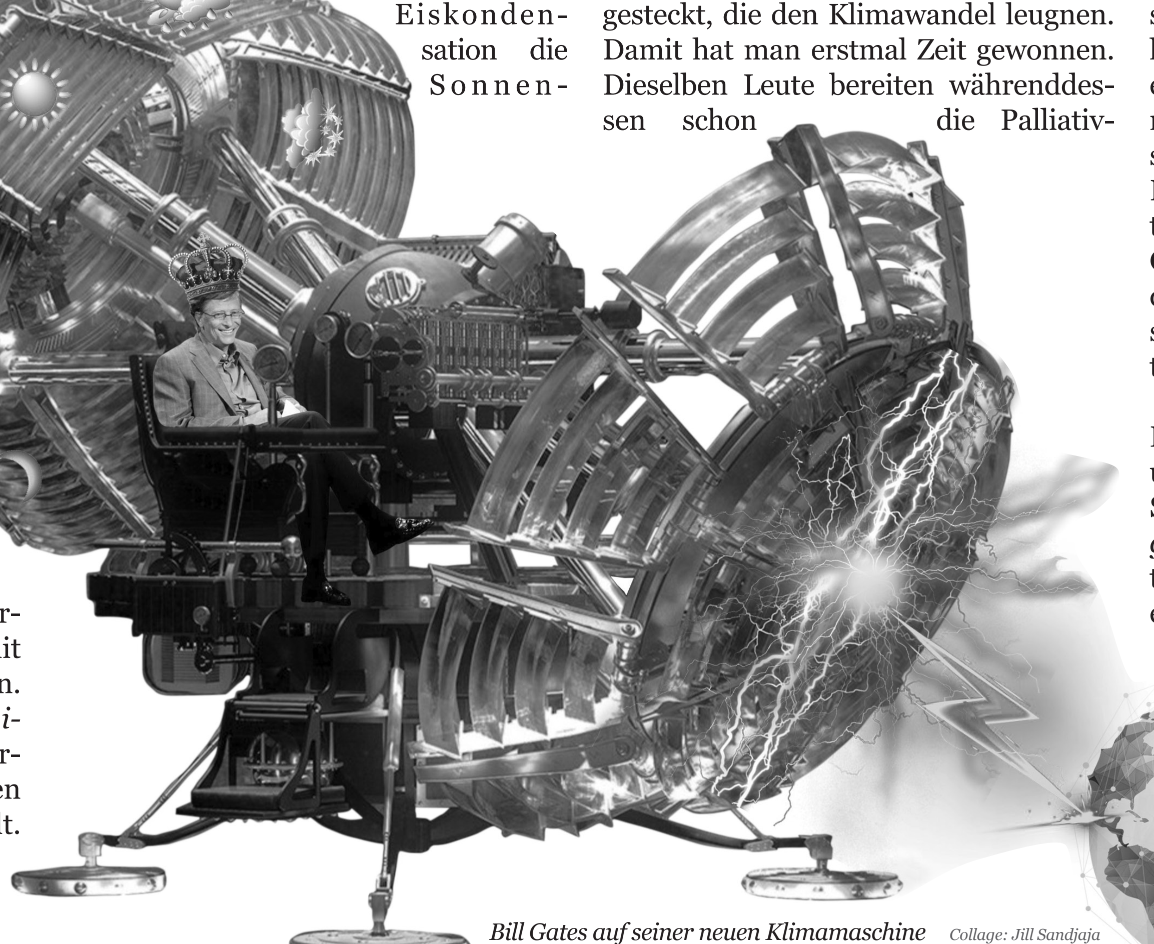
DILETTANTISCHE ZAUBERLEHRLINGE

Aber auch die andere Baustelle, nämlich der Überschuss an Kohlendioxid in der Atmosphäre, brachte kontrovers diskutierte Ergebnisse hervor. Ein deutsches Forschungsschiff warf im Südpazifik Eisensulfat aus. In diesem LOHAFEX genannten Experiment wurden Algenarten in ihrem Wachstum stimuliert, die Kohlendioxid aufsaugten und dann mit dem CO2 zusammen auf dem Meeresgrund verschwinden sollten. Das Experiment brachte lediglich das natürliche Gleichgewicht durcheinander, so dass der Versuch abgebrochen werden musste. Wissenschaftler kritisieren nicht nur deswegen, dass mit all diesen Manipulationen dilettantisch in nicht-lineare Naturprozesse eingegriffen wird. Und dass die Folgen dieser Kurpfuscherei nicht absehbar sind. Das irritiert die Koryphäen des *Geoengineering*s kaum. David Keith lässt hier dieselbe Risikofreudigkeit erkennen, die wir schon von der Impfkampagne kennen: »Im besten Fall rettet es die Menschheit vor dem Klimawandel, im schlimmsten Fall kann es das Leben auf der Erde auslöschen.«

Bemerkenswert ist auch die verwendete Doppelstrategie: Einerseits wird viel Geld in pseudowissenschaftliche Einrichtungen wie das *Heartland Institute* gesteckt, die den Klimawandel leugnen. Damit hat man erstmal Zeit gewonnen. Dieselben Leute bereiten währenddessen schon die Palliativmaßnahmen vor, um das Sterben der Erdatmosphäre ein wenig abzumildern. So finden wir im *Copenhagen Consensus Center* Björn Lomborg, der der Öffentlichkeit erzählt, mit der Umwelt sei alles in Ordnung, während er mit seinen Mitstreitern über die Ausbringung von sonnenlichthemmenden Partikeln diskutiert. Der mittlerweile verstorbene ehemalige Präsidentenberater Thomas Schelling sagte in diesem Gremium, die USA bräuchten bei ihren Klimaexperimenten keine Rücksicht auf Nachbarländer zu nehmen. Und die uns schon wohlbekannten Milliardäre Bill Gates, Jeff Bezos oder auch Richard Branson geben das nötige Geld, um das gesamte Weltklima umzukrempeln. Eine weltumspannende *Geoengineering*-Infrastruktur wartet auf das Startzeichen, um endlich loszulegen. In Deutschland sind unter anderen das *Kiel Earth Institute*, eine Ausgründung des marktradikalen Kieler Weltwirtschaftsinstituts und des Wissenschaftszentrums *Geomar*, sowie das Heidelberger *Marsilius-Institut* gut aufgestellt. Dieser beunruhigende Aufmarsch der Klimaklempner hat 2012 sogar die SPD-Bundestagsfraktion zu einer Parlamentarischen Anfrage veranlasst. Diese löblichen Ansätze wurden jedoch von der einschlägigen Presse weitgehend verschwiegen.

Für genau jene Konzerne, die mit ihrer fossilen Wirtschaft das Klima ins Trudeln gebracht haben, ergibt sich mit dem *Geoengineering* eine geniale Gelegenheit zum Gelddrucken. Das könnte sogar irgendwann zu einer gigantischen *Geoengineering*-Blase an der Börse führen. Es ist gar nicht zu verstehen, warum jetzt zunächst eine gigantische Panik um ein ziemlich peripheres Virus losgetreten wurde. Mit weitaus stärkerer faktischer Untermauerung hätte man eine Klima-Panik lostreten können, um damit die Weltbevölkerung unter ein totalitäres Regime zu zwingen. Sowohl bei der Impfkampagne als auch beim *Geoengineering* ergibt sich die Möglichkeit, die Natur durch künstliche Elemente zu ersetzen – für eine synthetische Weltordnung. Während alle Welt verängstigt auf ein Virus schaut, lässt sich die Manipulation des Klimas möglicherweise umso ungestörter durchsetzen. Der SPICE-Ballon in Großbritannien scheiterte am Protest der Bevölkerung. Also wird er jetzt im schwedischen Kiruna aufsteigen – natürlich nur probeweise, versteht sich.

Der Zwang zur Künstlichkeit scheint unaufhaltsam. Der Hof-Philosoph Peter Sloterdijk jubiliert bereits über *Geoengineering*: »Ich habe sehr viel Sympathien für die Techniker«. Hier entstehe ein »völlig neues Zusammenspiel von Umwelt und Technik«. Die Erde könne »ein Hybridplanet werden, auf dem mehr möglich sein wird, als konservative Geologen glauben«.



Bill Gates auf seiner neuen Klimamaschine Collage: Jill Sandjaja

Es fährt ein Zug nach nirgendwo …

Die Deutsche Bahn AG als Wegbereiter des Staatsbankrotts | Von Hermann Ploppa



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Für Menschen mit Sozialphobie ist das Reisen mit der Deutschen Bahn im Augenblick recht angenehm. Die umliegenden Sitzplätze bleiben meistens unbesetzt. Man fährt fast alleine von Hamburg nach München oder von Köln nach Berlin.

Die Vergrämung der letzten *Hardcore*-Bahnbenutzer ist kurz vor der Vollendung. Die vor Corona angewandten Vergrämungstechniken bestanden darin, Züge irgendwo in der Botanik plötzlich anzuhalten und solange stehen zu lassen, bis die wichtigsten Anschlusszüge weggefahren sind. Eine weitere hochpotente Vergrämungswaffe: die Toilettendüfte über die Klimaanlage allen Bahnreisenden gleichermaßen zukommen zu lassen. Ob der Zug ankam, wann er ankam, wie er ankam – alles das war immer ein lustiges Rätselraten.

Doch dank Corona werden diese Vergrämungstechniken erfolgreich vervollständigt durch das beliebte Maskenspiel. Immer wieder kommen bewaffnete Polizisten in die Züge. Wenn ein Fahrgast keine Maske aufhat – hossa! Da ist aber was los. Da gibt’s deftig eins auf die vier Buchstaben oder gleich ins Gesicht. Die »Maskenmuffel« fliegen in hohem Bogen aus dem Zug und können sehen, wie sie bei klirrender Kälte nachhause oder gleich ins Krankenhaus gelangen.

Jetzt sind die Personenzüge also endlich frei von lästigen Fahrgästen. Das Handelsblatt berichtet, dass nunmehr zumindest die Zufriedenheit der Deutsche Bahn-Mitarbeiter ein »Allzeit-Hoch« erreicht habe. Kleiner Wehrmutstropfen: Die DB AG rast gerade in ungewohnter Geschwindigkeit in den Bankrott. Dank Corona hat das Nachwievor-Staatsunternehmen einen bescheidenen Restgewinn von 600 Millionen Euro im Jahre 2020 verzeichnet – gegenüber 5,6 Milliarden Euro 2019. Da aber schon Investitionen in Höhe von 6,1 Milliarden Euro fest eingebaut waren, haut das schon hier ein respektables Loch ins Säckel. Zu Weihnachten platzten früher die Waggons vor Passagieren nur so aus allen Schweißnähten. Letzte Weihnachten hatte man schon mit einer Auslastung von nur 40 Prozent der Vorjahre gerechnet. Tatsächlich waren die Züge lediglich mit 25 Prozent ausgelastet.

Naja, was will man auch von einer Bahngesellschaft erwarten, die sich in über 600 Einzelbetrieben nur noch teilweise mit dem gesetzlichen Auftrag des optimalen Transports der Bundesbürger von einem Ort zum anderen befasst? Das ist doch einfach keine Herausforderung für ehrgeizige Manager. Wofür gibt die Deutsche Bahn AG eigentlich ihre Gelder aus? Tatsächlich nur zu 50 Prozent für Betrieb und Ausbau ihres schienengebundenen Fuhrparks und der dazu gehörenden Anlagen in Deutschland. Stattdessen hat die Deutsche Bahn AG mit Schenker die größte LKW-Speditionsfirma Europas erworben. In Indien investiert die DB AG in den dortigen Güterverkehr – während die deutschen Güterwaggons auf Abstellgleisen verrosten. In Katar bauen die deutschen Eisenbahner ein 300 Kilometer langes Schienennetz für die Untergrundbahn. Dazu einen Hochgeschwindigkeitszug in Saudi-Arabien. Währenddessen schrumpfte das Schienennetz in Deutschland seit 1994 um ein Sechstel, Bahnhöfe und Haltestellen wurden um ein Sechstel reduziert, der Bestand an Weichen und Gleiskreuzungen mehr als halbiert, ebenso die Anzahl der Beschäftigten von 1994 gleich 340.000 auf heute 180.000 Vollzeitmitarbeiter. Die Deutsche Bundesbahn und die DDR-eigene Reichsbahn sollten ja unbedingt an die Börse, und dann an Börsenspekulanten verschachert werden.

ZWANGSVERSTEIGERUNG WEGEN ÜBERSCHULDUNG?

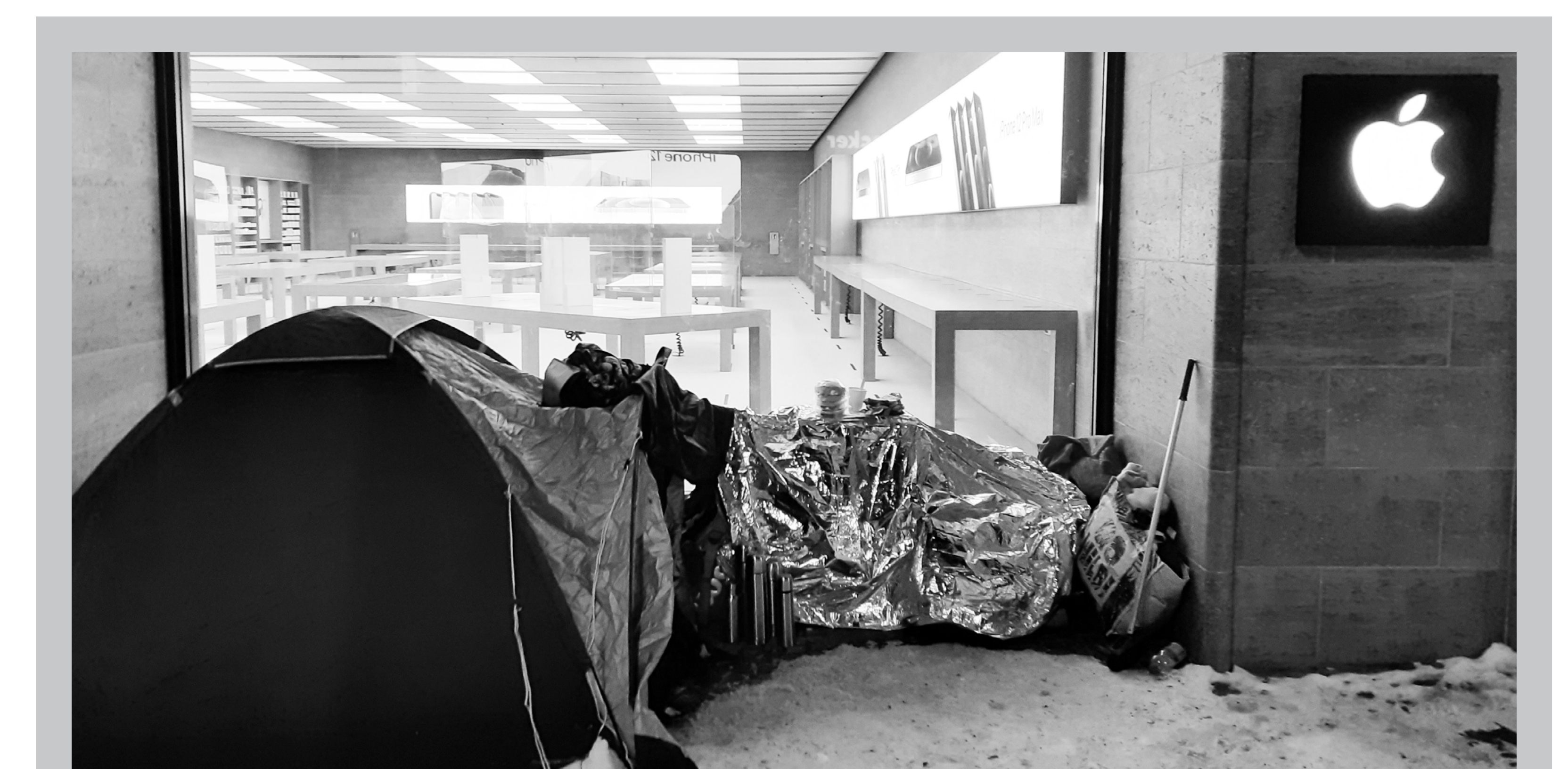
So entstand 1994 die Deutsche Bahn AG, also nicht länger ein Staatsbetrieb, sondern ein privatrechtliches Unternehmen, das nicht mehr der Bevölkerung zu dienen hat, sondern Profit abwerfen und Spekulationsgewinne an der Börse abwerfen soll. Die Schulden der Bundesbahn übernahm der Bund, also wir. Schuldenfrei an die Börse. Der Börsengang fand bis heute aber nicht statt, das Unternehmen gehört somit immer noch dem Staat. Mittlerweile haben die vier letzten Direktoren der Bahn schon wieder einen Schuldenberg in Höhe von 24 Milliarden Euro im Jahre 2019 angehäuft. Doch Anfang 2021 erklimmen die Schulden mit 35 Milliarden Euro eine neue Bestmarke. Der Bund will deswegen noch einmal fünf Milliarden an die Bahn überweisen. Bei einem Eigenkapital von 15 Milliarden Euro ergibt sich für das Unternehmen eine bedrohliche Überschuldung, aus der leicht eine Insolvenz werden kann. Könnte es sein, dass über eine »Zwangsversteigerung« die Deutsche Bahn AG jetzt doch noch zum Spottpreis in private Hände gelangt?

Die Investitionen der Deutschen Bahn im Ausland bringen jedenfalls keine nennenswerten Gewinne ein. Ganz im Gegenteil: In einer Dachgesellschaft mit dem schönen Namen Arriva sind die ausländischen Verkehrsunternehmen der DB zusammengefasst. Auch hier wird ein solides Defizit erwirtschaftet. In der freien Wirtschaft würde kein Unternehmen solche suizidalen Geschäfte durchzuführen wagen. Die Direktoren der Deutschen Bahn AG kommen, bis auf den jetzigen DB-Chef Richard Lutz, allesamt aus der »freien« Wirtschaft, und zwar alle aus demselben Stall, nämlich dem Autokonzern Daimler: Nacheinander führten die Daimler-Manager Heinz Dürr, Hartmut Mehdorn und Rüdiger Grube die Deutsche Bahn AG. Ja, wenn man den Fuchs zum Direktor des Hühnerstalls macht …



Auf dem Abstellgleis. Schon bald das Schicksal der Deutschen Bahn? *Foto: Armin*

Die Deutsche Bahn hieß früher Deutsche Bundesbahn. Und die war der bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung mit Mobilitätsangeboten qua Auftrag verpflichtet. Was, wie ältere Mitbürger wissen, auch nur suboptimal funktionierte, aber doch um Äonen von dem heutigen Leiden der Bahnbenutzer entfernt gewesen ist. Wer hier zu behaupten wagt, das aktuelle Unternehmensziel der Deutschen Bahn AG sei die finale Abwicklung des Schienenverkehrs, wie sie in den USA schon vor siebzig Jahren vollzogen wurde, der ist eindeutig ein Verschwörungstheoretiker, oder?



GEGEN DAS STERBEN AUF DER STRASSE: »ÖFFNET JETZT DIE HOTELS FÜR OBDACHLOSE«

Die deutschen Straßenzeitungen im *International Network of Streetpapers* (internationales Straßenzeitungsnetzwerk) fordern die Ministerpräsidenten der Bundesländer dazu auf, Obdachlose endlich sicher unterzubringen. Und zwar in den vielen leerstehenden Hotels, in Einzelzimmern. Zudem kritisieren die Straßenblätter, dass die Sozialarbeiter, anstatt zu den Menschen auf die Straße zu kommen, im *Homeoffice* blieben. Bei Redaktionsschluss hatten bereits 115.688 Menschen die Petition auf *change.org* unterzeichnet. Im Bild: Obdachlose zelten vor dem Apple-Laden in Hannover. *Foto: DW/Sodenkamp*

Da die großen Plattformen wie youtube, facebook und google Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
kenfm.de
rubikon.news
corodoks.de
corona-ausschuss.de
mutigmacher.org
multipolar-magazin.de
ärzte-fürv-aufklärung.de
klagepaten.eu
miloszmatuschek.substack.com
reitschuster.de







Kinder zweiter Klasse

Österreich als willige Vollstreckerin: Nur Getestete dürfen zur Schule. | Von Tamara Ganjalyan

Seit Beginn des neuen Schulhalbjahres am 8. Februar dürfen nur noch (negativ) getestete Kinder und Jugendliche am Präsenzunterricht teilnehmen. Für alle anderen heißt es: Draußen bleiben!

Durchgeführt wird der Schnelltest namens Sars-Cov-2 Antigen Rapid Test Kit der Firma Lepu Medical, der laut Herstellerinformation nicht für den Laiengebrauch zugelassen ist, von den Schülerinnen und Schülern selbst beziehungsweise deren Lehrern und Lehrerinnen. Wie diese über Nacht zu medizinischem Fachpersonal mutieren konnten, ist bisher ungeklärt. Und obwohl der Hersteller darauf verweist, dass ein vorliegendes Testergebnis nur zusammen mit weiteren Parametern und nur von Ärzten zu diagnostischen Zwecken interpretiert werden darf, soll nun das Lehrpersonal in Eigenregie »Infizierte« zweimal wöchentlich erkennen und umgehend absondern. Wer sich den Zwangstests gleich ganz verweigert, hat sich bis auf Weiteres gefälligst selbst um den schulischen Fortschritt seiner Kinder zu kümmern. War da nicht mal was mit allgemeiner Schulpflicht und Recht auf Bildung? Selbstverständlich geschieht die permanente Kindertesterei zur Gänze »freiwillig«. Gezwungen werde niemand, so stellt es zumindest die österreichische Regierung dar.



Der kindgerechte Unterricht muss im Untergrund stattfinden. Foto: Steve Schramm

KINDGERECHTES SOZIALES LEBEN IM UNTERGRUND

Es gehört wahrlich nicht viel Fantasie dazu, sich auszumalen, dass in wenigen Monaten der »freiwillige« Einlasstest zum Unterricht durch die ebenso »freiwillige« Einlassimpfung ersetzt werden wird. Der Boden ist jedenfalls mehr als vorbereitet. Nur ein Bruchteil der Erziehungsberechtigten widersetzt sich momentan den kinderquälerischen Praktiken in den Klassenzimmern; nach nicht-repräsentativen Informationen aus meinem Umfeld sind es im ländlichen Raum zwischen einer und drei Familien pro Schule. Auf der anderen Seite haben sich längst landesweit Netzwerke gebildet, die Lernbegleitung und kindgerechtes soziales Leben im Untergrund organisieren. Nicht ganz zufällig erinnert dies an die bisher dunkelsten Kapitel der österreichisch-deutschen Geschichte.

UNREFLEKTIERTER AKTIONISMUS

Die Wiener Ermächtigungsregierung scheint jedenfalls von der wissenschaftlich mehrfach belegten Tatsache, dass Kinder ohnehin kaum Überträger oder gar schwerwiegend Betroffene der Corona-Grippewelle sind, ebenso wenig beeindruckt zu sein, wie davon, dass die Kinder- und Jugendpsychiatrien im Land mittlerweile aus allen Nähten platzen. So schlug jüngst der zuständige Abteilungsleiter am Wiener Allgemeinen Krankenhaus Alarm: Auf seiner Station müsse aufgrund der immer zahlreicheren und schwerwiegenderen Fälle bereits triagiert werden – besonders wegen der häufigen Depressionen und Essstörungen. »Hauptsache Aktion!« scheint jedoch die Devise in den Ministerien und Amtsstuben der Alpenrepublik zu sein. So nennt das österreichische Bildungsministerium bezüglich des neuesten Testens-auf-Teufel-komm-raus weder einen Grund, noch eine Dauer der Maßnahme, wie etwa der Arzt und *Public Health*-Experte Martin Sprenger kritisiert, der in der massenhaften Pflichttestung von Grundschülern nur einen weiteren Ausdruck von unreflektiertem Aktionismus sieht.

»SYMPTOMLOS« HIESS FRÜHER »GESUND«

Welche juristischen Folgen diese unfreiwillige medizinische Handlung an Kindern für die Schulleiter und Pädagogen des Landes mit sich bringen könnte, erläutert der Rechtsanwalt Karl Mumelter in seinem Schreiben an die Kinder- und Jugendanwaltschaft des Bundeslandes Vorarlberg. So handle es sich bei diesem Test um eine eigenmächtige Heilbehandlung und – aufgrund des Fehlens wirksamer Einwilligung – um Körperverletzung, somit um eine Straftat. Zudem widerspreche die gerade nicht freiwillige Testung von symptomlosen – das hieß früher »gesunden« – Schülern auch dem gültigen Epidemiegesetz. Der Unterrichtsminister wiegt unterdessen seine Schulleiter und Lehrer in falscher Sicherheit. Sie hätten nichts zu befürchten, Haftungsansprüche seitens Erziehungsberechtigter bestünden nicht, schließlich geschehe ja alles im Rahmen des Gesetzes. Tatsächlich aber, so Mumelter, seien die Pädagogen vor Ort sowohl zivil- als auch strafrechtlich haftbar, weil ihre Teilnahme an den Testungen gegen geltende Gesetze und Grundrechte verstoße.

Es ist zu erwarten, dass der österreichische Verfassungsgerichtshof in absehbarer Zeit auch diese neueste Wahnsinnsverordnung zu Fall bringen wird, wie dies bereits bei zahlreichen Corona-Maßnahmen des vergangenen Jahres geschah. Ein böses Erwachen für viele dürfte darauf folgen. Bleibt zu fragen: Wie lange noch soll es so weitergehen? Wie lange noch wollen die Verfassungsschützer den Ministern und dem Kanzler hinterherhecheln – von einer aberwitzigen Zwangsmaßnahme zur nächsten? Wie lange noch können Regierungsvertreter und ihre Handlanger in den Amtsstuben geltendes Recht und die Verfassung brechen und damit ungeschoren davonkommen? Wie lange noch kann sich die Republik Österreich »Rechtsstaat« nennen?

»Tagelöhner können sich keinen Lockdown leisten«

Ein Jungunternehmer und deutscher Auswanderer berichtet aus Ecuador.

Ich stamme aus Deutschland und wohne seit fast sieben Jahren in Ecuador. Nach meinem Studium kam ich hierher und das liebenswerte Chaos verzauberte mich. Ich habe ein Restaurant in einem Tourismusgebiet – bis Corona und somit »die Maßnahmen« kamen.

Mitte März sprach Ecuadors Präsident Lenin Moreno plötzlich im Fernsehen von »der Pandemie«. Er benutzte dabei genau die gleichen Ausdrücke, die wir auch aus Deutschland kennen: »*Flatten the Curve*«, »neue Normalität« und *Lockdown* als »Akt der Solidarität«. Es gab aber so gut wie keine Fälle. Trotzdem saßen wir ungefähr drei Monate lang im »totalen *Lockdown*«, ab 14 Uhr nachmittags herrschte Ausgangssperre – das volle Programm. Nach spätestens drei Tagen waren Millionen Tagelöhner landesweit wieder auf den Straßen. Wer sich und seiner Familie das Brot täglich verdienen muss, kann sich keinen *Lockdown* leisten. In den »Barios marginales«, also den Randbezirken ging das normale Leben relativ zügig weiter.

Ecuador ist hochverschuldet: Das Land hat rund 70 Prozent Staatsverschuldung, das Staatsdefizit liegt bei 5 bis 10 Prozent und es ist sehr abhängig vom Internationalen Währungsfond (IWF). Der IWF und die Weltbank waren im »Coronajahr« 2020 sehr großzügig. Man liest von angeblich so »tollen« *Deals*, die die hiesige Regierung mit diesen internationalen Organisationen abschließen konnte.

Ab Juni war der *Lockdown* vorbei und es gab seitdem auch keinen mehr. Einzelhandel, Einkaufszentren, Hotels, Restaurants und Cafés können im Grunde fast wieder normal arbeiten. Sie müssen jedoch »Normas de bioseguridad«, sogenannte biologische Sicherheitsrichtlinien erfüllen: Fieber messen vor den Malls, weniger Kunden, Sperrzeiten. Mein Geschäft leidet immer noch unter den Maßnahmen, einige Mitarbeiter warten auf ihre Wiedereinstellung. Denn der internationale Tourismus ist seit fast einem Jahr komplett weggebrochen und diese Deviseneinnahmen fehlen dem Land an allen Ecken und Enden. Insbesondere den vielen kleineren und mittleren Tourismusunternehmen, die viel im Bereich Ökotourismus im Amazonas und auf Galapagos arbeiten.

Der Ausnahmezustand lief im September aus. Doch kurz vor Weihnachten rief der Präsident wegen der »Mutation in England« erneut einen Ausnahmezustand aus. Dieser zweite landesweite Ausnahmezustand wurde aber am 31.12.2020 vom hiesigen Verfassungsgericht wieder beendet. Die momentanen Restriktionen finden auf kommunaler Ebene statt.

Bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador am 7. Februar hat der linksgerichtete Kandidat Andrés Arauz die erste Runde gewonnen. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen gibt es allerdings um den zweiten Platz – und damit um die Berechtigung zur Teilnahme an der Stichwahl, die für 11. April geplant ist. Der indigene Anwalt Yaku Pérez, der wie Arauz eine linke Agenda vertritt, lag nur knapp vor dem rechtsgerichteten Ex-Banker Guillermo Lasso. Erst eine Neuauszählung von rund der Hälfte der abgegebenen Stimmen soll eine Entscheidung herbeiführen, wer neben Arauz zur 2. Runde antreten wird.

Vom Sündenpfuhl z

Über die neue Reinlichkeit (oder Peinlichkeit) der

Das Nachtleben der Hauptstadt liegt seit Ausruf der Pandemie brach. Doch statt für Öffnung, Freiheit und Selbstbestimmung auf die Barrikaden zu gehen, bleibt es still. Es scheint, als hat sich die frühere Subkultur dem offiziellen Narrativ unterworfen – ohne irgendeine Maßnahme kritisch zu hinterfragen. Einige Clubs machen sich sogar zu Handlangern des Systems und öffnen ihre Pforten für umstrittene Impfungen und PCR-Testungen. Wie konnte das geschehen? Wann starb der Geist der Rebellion? Und was wird von den schillernden Orten der nächtlichen Vergnügung übrigbleiben?

Wo vor kurzem noch Techno-Bässe wummerten, sich tätowierte, gestählte Körper in knappen Shirts, eng an eng, schwitzend, bis früh in den Morgen dem Beat auf der Tanzfläche hingaben, leuchten heute in hartem Neonlicht weiße Impfkabinen im Labyrinth-Stil. In der Arena, einem früheren Club der Hauptstadt, campiert eines der größten Impfzentren Berlins. In 80 Kabinen können bis zu 4.000 Impfwillige pro Tag durchgeschleust werden. Das medizinische Hilfs-Personal ist überwiegend aus dem Nachtleben rekrutiert. Der DJ wird zum seelischen Betreuer vor der Impfkabine, der Türsteher zum Lenker der Besucherströme, die Barkeeperin zur Impfbox-Koordinatorin. Alle tragen FFP2-Masken und je nach Tätigkeit eine Weste in Blau oder Orange. So sieht Clubkultur 2021 aus.

Maike S. (Name v. d. Redaktion geändert), 29, ehemalige Barchefin eines Szene-Clubs in Berlin, ist glücklich, endlich wieder arbeiten zu können. Sie erzählt von ihrem neuen Job als Koordinatorin im Impfzentrum: »Als ich Ende vergangenen Jahres die Anfrage eines Freundes aus dem Nachtleben für diesen Job erhielt, war ich sehr glücklich. Das Gehalt ist super, es arbeiten viele bekannte Gesichter hier.« Die Unzufriedenheit über das von der Regierung geschlossene Nachtleben hält sich bei Maike und ihren Kollegen momentan in Grenzen. Die meisten gingen eh nicht davon aus, dass sich in diesem Jahr noch Normalität einstelle, sagt sie, daher seien alle froh, den Job im Impfzentrum zu haben. »Zweifel an der eigenen Tätigkeit hat niemand, schließlich seien die Impfungen der Weg zurück zur Öffnung der Gesellschaft«, sagt Maike. Sie selbst wolle sich zwar noch nicht impfen lassen, einen Widerspruch zu ihrer Tätigkeit sehe sie darin aber nicht. »Ich habe mich bislang nur wenig über die Impfstoffe informiert«, erklärt sie, »bin noch dabei, mir meine Meinung zu bilden«. Ob sie und ihre Kollegen wüssten, dass gerade ältere Menschen laut Presseberichten kurz nach der Impfung vermehrt verstorben seien, bejaht sie, ohne weiter darauf einzugehen. Als medizinische Hilfskraft verdienen die gelernten Gastro- und Eventkräfte zwischen 2.500 Euro und 5.100 Euro brutto im Monat – je nach Verantwortlichkeit. »Daran könnte man sich gewöhnen«, sagt Maike und lacht. »So viel wird in meiner Branche nicht bezahlt.«

So wie sich rund 400 Mitarbeiter aus dem Nachtleben in der Arena über eine gut bezahlte Tätigkeit freuen – so jubeln auch die Taxifahrer. In einer besonderen Kooperation mit dem Berliner Senat und dem Deutschen Roten Kreuz werden die Kosten für Taxi-Fahrten für alle, die 80 oder älter sind, übernommen. Der Andrang vor der Arena ist immens, die Polizei kontrolliert alle Zufahrtswege, Sicherheitspersonal regelt den Einlass der Impfwilligen, sogar ein Pommeswagen steht gegenüber dem Ausgang. Dort gibt es Fettiges nach der Impfung – ist das jetzt schon die Aftershow-Party?



Früher wurde gefeiert. Heute fließt hier kein Bier, sondern der Schnelltest-Rubel.

FRÜHER GAB ES FETISCH-PARTYS – HEUTE CORONA SCHNELLTESTS

Wie die Arena-Betreiber so hat sich auch der Kit-Kat-Club entschieden, sich ganz der Hygiene zu widmen. Früher galt der Club als einer der heißesten und schmutzigsten Orte Berlins: Es gab Fetisch-Partys jeder Art, mit lauter Musik und Sex, sehr viel Sex – überall und mit jedem, der wollte. Tabus? Gab es nicht. Und genau an diesem Ort herrschen seit Dezember strengste Hygiene-Regeln. Im aktuellen Angebot gibt es jetzt: Corona-Schnelltest statt orgiastischer Feiern. Der Vorhang fällt, ebenso die harte Tür. Jeder, der sich zuvor im Internet angemeldet hat, darf die heiligen Hallen zum Mund-Rachen-Abstrich betreten. Immer schön mit Abstand. Der Preis: 24,90 Euro, so heißt es auf der Instagram-Seite des Clubs. Um möglicher Kritik aus der Szene zuvorzukommen, schreibt die Clubbesitzerin weiter auf Instagram: »Über das Für und Wider will ich mit niemandem streiten, ob's Unsinn oder Voraussicht ist, wird die Zeit zeigen. Ganz sicher aber werden die Schnelltests uns das ganze nächste Jahr begleiten.« Die Resonanz der Kit-Kat-Fans bleibt in den Kommentaren unkritisch. Sind es wirklich die Besucher der früheren Nächte, die dort schreiben? Jene, die Schweiß und andere Körperflüssigkeiten im Rausch der Nacht auf der Tanzfläche und in dunklen Ecken austauschten? Einem Kommentator fällt die Groteske auf, er schreibt: »2019 ist man noch nach dem Kit-Kat sich testen gegangen und 2020 geht es ins Kit-Kat zum Test. Das ist mal ein unerwarteter Twist.«

DIE CLUB-SZENE SCHWEIGT – DAS KATER HOLZIG PROBIERT DIE »NEUE NORMALITÄT«

Und was machen all die anderen Leuchttürme der schillernden und freizügigen Berliner Clubszene? Wo ist ihre Rebellion gegen das Establishment? Wohin ist der Freiheitsdrang der Hedonisten? Warten sie alle mit Maske und Abstand auf den Moment, an dem alles wieder so sein wird, wie es früher war? Nach Monaten der politischen Willkür-Maßnahmen – teils ohne medizinische Evidenz und ohne konkretes Ziel – bleibt es still. Zu still. Wo sind die »Lebensformen der Subkultur«, laut Lexikon zur Soziologie »die Teil eines größeren kulturellen Ganzen sind, jedoch Normenordnungen aufweisen, die von der Gesamtkultur abweichen«? In den bekannten Berliner Vergnügungsstätten scheint es sie nicht mehr zu geben.

Das Berghain, der weltbekannte Elektro-Club am Ostbahnhof, verhielt sich von Tag eins der ausgerufenen Pandemie sehr ruhig, versuchte vor dem November-*Lockdown* noch mit Foto-Ausstellungen rund um das Thema »Nachtleben« Besucher anzuziehen. Realsatire: Gerade das Berghain war früher für sein Fotografie-Verbot bekannt – die tagelangen Exzesse sollten dort bleiben, wo sie stattfanden. Soviel zur Geschichte. Seitdem schweigt der Ort der Mythen, von denen sogar schon Hollywood-Größen im amerikanischen Fernsehen schwärmten. Die Szene-Institution am Holzmarkt 25, das Kater Holzig, gemacht von den Legenden rund um die ehemalige Bar 25, ein weiterer Ort der Berliner Freiheit, sprach im vergangenen Sommer auf der eigenen Instagram-Seite davon, dass sich alle auf die Öffnung freuten, aber ein »Back to normal«, also ein Zurück zur Normalität, könne und dürfe es dabei nicht geben. Stattdessen hatten sie darum gebeten, zusammen mit Masken und Abstand eine »neue Normalität auszuprobieren«. Diese Aussage braucht eine Pause.



Wissen sie, dass diese Impfung lebensgefährlich sein kann?

Der Begriff der »Neuen Normalität« ist, wenn überhaupt, ein populistischer Versuch der Politik, unangenehme Ausnahmensituationen per Zwang in neue alltägliche Normen zu gießen. Wie sagte schon der österreichische Philosoph Paul Sailer-Wlasits, der den Begriff prägte: »Die Neue Normalität, die ich vor einigen Jahren zu skizzieren begann, beinhaltet nichts Gutes und hat nichts

Hilfsbereite Security ohne Gewissen?

Die Reportagefotos zu diesem Artikel sind von Steve Schramm.

…zum Hygienetempel

…Berliner Clubkultur | Ein ESSAY von Nadine Strotmann

Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin M.A., Redakteurin, Marketingfachfrau und Mitglied der DW-Redaktion.

Schönes an sich.« Das Neue Normale habe er daher immer verknüpft mit der Frage: Wollen wir uns daran gewöhnen? Dass dieser Begriff selbstverständlich und ohne hinterfragt zu werden, Teil der subkulturellen Sprache wird – und damit auch Teil der gelebten Wirklichkeit – überrascht. Ebenso überrascht es, dass der Club Ritter Butzke im Sommer elektronische Tanzparties im Sitzen und mit Abstand veranstaltete (da sich das Virus zum damaligen Zeitpunkt laut Senat wohl nur im Stehen verbreitete) und sich mit Ideen zu Corona-Schnelltests am Club-Eingang versuchte. Alles ohne Perspektive. Denn seit November gilt der neue *Lockdown*, von zart bis hart, dieses Mal mit Open End – und das ohne dröhnende Bässe.

Sind die Institutionen des Nachtlebens freigekauft? Die eine oder andere vielleicht, die sich gut bezahlt als Impfzentrum und Teststation hergibt. Bei den meisten anderen – wie dem Lido, einem Live-Club in Kreuzberg – gehen allerdings bald die Lichter aus. Die von der Politik versprochenen Novemberhilfen, sind teils noch immer nicht angekommen, bei einigen reichen die privaten Kredite nicht mehr aus. Noch unverständlicher das Schweigen. Wovor haben die Menschen Angst? Vor dem Virus? Vor der sozialen Häme, wenn sie sich dem Narrativ widersetzen?

SARS-COV-2 IST KEIN KILLERVIRUS – WOHER KOMMT DER GEHORSAM?

Weltweit liegt die Sterblichkeit von Covid-19 mit 0,23 Prozent unter dem Niveau einer jährlichen Grippe (WHO, Bulletin John Ioannidis, 15.10.20), die Risiko-Gruppe sind sehr alte Menschen mit mehreren Vorerkrankungen, asymptomatische Infektionen gibt es nicht,



und der PCR-Test allein weist keine Infektionen nach (WHO, 20.01.21). Die daraus resultierende nicht vorhandene Notwendigkeit, die gesamte Bevölkerung wegzusperren und sie mit einem neuartigen Impfstoff behandeln zu wollen, der außerhalb der Mainstream-Medien sehr kritisch besprochen wird, ist offensichtlich. Das heißt auf den Punkt gebracht: Unser Leben ist genauso lebensgefährlich, wie vor der Zeit der ausgerufenen Pandemie. Erkrankungen wie HIV, Syphilis oder auch Tripper – unangenehme Begleiter des ausschweifenden Nachtlebens – machen noch immer die Runde und haben Menschen bislang nicht daran gehindert, ihren Freiheitsdrang auszuleben. Ebenso der Konsum von Zigaretten, Alkohol und harten Drogen waren und sind Bestandteil des Nachtlebens. Woher kommt der Gehorsam der Subkultur in der ausgerufenen Pandemie?

Dr. Daniel H. (Name v. d. Redaktion geändert), leitender Oberarzt für Psychiatrie u. Psychotherapie in einer Schweizer Klinik, sagt: »Aus psychologischer Sicht lähmt Angst – egal vor was – und macht Menschen steuerbar. In der Wahrnehmungspsychologie lässt sich die Angst vor dem Virus so erklären, dass alles, worauf sich ein Mensch konzentriert, wächst. Der Medienhype rund um Corona und die sensationsgetriebene Berichterstattung erzeugen dieses Phänomen.« Darüber hinaus würden auch Erwartungsängste geschürt, also etwas, was mit dem Virus in Zukunft passieren könnte. Dieses wiederum erzeuge reale Angst, erklärt Daniel H. Die andere Angst, die Menschen derzeit bewege, sei die der Ausgrenzung, wenn sie sich nicht an die Meinung der Mehrheit anpassten. Konformitäts- und Gruppendruck seien hier vorrangig. Das Schweigen derer, die nahezu schon alles verloren haben, kann sich der Psychologe selbst kaum erklären. »Vielleicht sind einige Menschen schon in Resignation verfallen – und schlichtweg funktional depressiv.« Das aktive Unterstützen des Aggressors – also das Mitgestalten eines Untergangsszenarios der Live- und Clubkultur in Form von temporären Impfstationen oder ähnlichem, lasse sich sich nur über das sogenannte Stockholm-Syndrom erfassen, sagt Daniel H.: »Die Opfer von Gewalt sind derart traumatisiert, dass sie ein emotionales Verhältnis zu den Tätern aufbauen.« Wie der Ausweg aussehe, kann der Psychologe auch nicht beantworten. »Vielleicht braucht es noch mehr Zerstörung«, sagt er, »und dann ganz viel Mut sich dem Unterdrücker zu widersetzen«.

BERLINS NACHTLEBEN WAR EIN SCHMELZTIEGEL UND STAND WELTWEIT FÜR FREIZÜGIGKEIT

Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, dass gerade das Berliner Nachtleben eine Bringschuld in der jetzigen Krise hat – als Reminiszenz an glorreiche Zeiten des Widerstandes, mutige Vorreiter des kreativen und unbändigen Wahnsinns, den diese Stadt seit rund 100 Jahren in sich trägt. Wie sehr war Berlin in den goldenen 1920ern die Stadt der Freiheit, der Frivolität, der Frechheit! Kurz vor der Weltwirtschaftskrise hatte sich die Metropole an den weltweiten Gipfel des ausschweifenden Nachtlebens katapultiert. Berlin war eine internationale Ansammlung von Kreativen, Exzentrikern, Künstlern aller Art. Es brodelte im Schmelztiegel der Subkultur und diese brachte sensationelle Größen hervor, die bis heute strahlen: Ruth Landshoff-Yorck, die selbstfahrende Schreiberin erster weiblicher Sex-Kolumnen, Anita Berber, *It-Girl* und freizügige Tänzerin und Dr. Magnus Hirschfeld (genannt Dr. Sex), der Sexualforscher, der den Begriff des Transsexuellen erfand und selbst als Tante Magnesia das Nachtleben bereicherte. Und da gibt es noch viele mehr. Alle diese Menschen vereinte der Mut, das Leben zu leben. Gegen alle Widrigkeiten. Gegen das Establishment.

Der zweite große geschichtliche Moment des exzentrischen Berliner Nachtlebens war die Zeit nach dem Mauerfall. Es war



Angepasste PCR-Tests statt Rebellion gegen das Establishment.

die Zeit, in der das sagenumwobende Nachtleben rund um die neue Musikrichtung Techno und die neue Tanzdroge Extasy in Berlin entstand. Das zweite Mal schaute die Welt – und alle Freiheitsliebenden – nach Berlin. Denn gerade im Ostteil der Stadt war alles möglich. Es gab wenig, aber das, was da war, war genug: Kreative, Mutige und jede Menge Platz für Ideen. In leeren Hinterhäusern, Kellern, Bunkern pumpte der verbotene Herzschlag der Hauptstadt, der Beat der Freiheit: Techno als Subkultur war geboren. In dieser Zeit gründeten sich Clubs wie das Berghain, die Bar 25, der Sage Club und viele mehr, die bis heute vom Image der damaligen Andersartigkeit und Rebellion leben. Vielleicht sind sie ja alle schon lange Teil des Establishments, des Mainstreams und wir haben es nur nicht bemerkt? Momentan scheint die Welle der Rebellion längst gesurft, die Clubs haben sich mit der Politik gebettet – sie liegen im Dornröschenschlaf, warten darauf, wach geküsst zu werden.

WIDERSTAND LEISTEN, HEISST NEUES SCHAFFEN

Wenn die Antwort der Berliner Clubkommission (Verband der Berliner Club-, Party- und Kulturereignisveranstalter) auf die größten Eingriffe in die Freiheitsrechte der Menschen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland nur die Anpassung an eine dystopische Welt mit Masken, körperlicher Distanz und der Entbehrung jeglicher Freude in Form von Musik, Tanz und Rausch ist, dann brauchen wir dringend eine neue Subkultur. Eine, die aufsteht für das Leben – und angstfrei und laut menschliche Grundbedürfnisse nach Lebensfreude, Nähe und Freizügigkeit aus den dunklen Clubs wieder zurück in die Mitte der Gesellschaft brüllt. Eine, die die Masken fallen lässt – im wörtlichen Sinn – und die sich das freie Atmen und das freie Leben nicht verbieten lässt. Wie sagte schon der französische Widerstandskämpfer Stephane Hessel: »Widerstand leisten, heißt Neues schaffen.« Vielleicht ist jetzt der Moment einer neuen Freiheitsbewegung des Untergrunds gekommen – jenseits der ausgetrampelten Elektro-Pfade?

Auf der *Homepage* der Clubkommission kündigt diese an: »Insbesondere könnt ihr auf uns zählen, dass im 20. Jahr unseres Bestehens, wir all die Freiheitsrechte wieder lautstark einfordern werden, die wir in den letzten Monaten einbüßen mussten.« Wann wird das sein? Wenn alle Institutionen pleite sind? Wenn die Politik die Willkür der Maßnahmen irgendwann beendet? Das Schweigen ist nach wie vor zu laut. Mit jedem Tag, jeder Woche, jedem Monat stirbt eine Vergnügungsstätte mehr, die das Lebensgefühl von Freiheit und Freizügigkeit ermöglichte. Und nicht zuletzt stirbt damit vielleicht auch der Geist einer Stadt, die Jahrzehnte vor Verrücktheit und Andersartigkeit nur so strotzte. Es ist an der Zeit, dass Subkultur wieder rebelliert. Es ist an der Zeit für Widerstand: Steht endlich auf!

Rufmordpranger Wikipedia



Markus Fiedler ist Lehrer für Musik und Biologie, Tontechniker, Filmemacher sowie kritischer Beobachter der Wikipedia.

Der Bürgermeister und der Journalist | Von Markus Fiedler

Der zweite Bürgermeister aus München-Haar beteiligt sich an einer Rufmordkampagne in der Wikipedia und wird dabei ertappt. Ein Lokalredakteur der Süddeutschen Zeitung aus München-Haar springt dem Politiker mit einer grob manipulativen Darstellung der Sachlage zur Seite und stellt die Bearbeitung als »Korrektur« dar. Der Bürgermeister sieht sich als Opfer, weil er zahlreiche erboste Anrufe und E-Mails aus dem ganzen Land bekommt.

Der isländische Informatiker, Komponist und investigative Publizist Elias Davidsson ist Opfer einer konzertierten Rufmordkampagne in der Wikipedia. Ein Urteil am Landgericht Koblenz hat den Wikipedia-Editor »Feliks« nun zur Zahlung eines Schmerzensgeld in Höhe von 8.000 Euro verurteilt (AZ. 9 O 80/20). Er war und ist mit 68 Bearbeitungen Haupteditor des Artikels zu Davidsson und auch Haupttäter innerhalb der Rufmordkampagne.

Dieses Urteil ist bahnbrechend. Es ist nach unserer Kenntnis das allererste Urteil in Deutschland, in dem einem Wikipedianer nachgewiesen wurde, dass er böswillig Wikipedia-Artikel gezielt negativ gestaltet hat. Sogar dem *Bayrischen Rundfunk* und dem *SWR* war das eine kurze aber substanzlose Meldung wert. Das vollständige Urteil finden Sie auch auf der Webseite von »Geschichten aus Wikihausen« (Siehe https://tinyurl.com/wikih48b)

Da der Beklagte »Feliks« alias Jörg Grünewald noch Widerspruch einlegen kann, ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Kurz nach der Urteilsverkündung wurde von einem unbekannten Benutzer am 18.01.2021 folgender Satz ausgetragen:

»ELIAS DAVIDSSON, DER VERSCHWÖRUNGSTHEORETISCHE POSITIONEN VERTRITT«

Das brachte den Wikipedia-Artikel zu Davidsson nunmehr in ein deutlich sachlicheres Umfeld. Der zweite Bürgermeister aus Haar, Dr. Ulrich Leiner (Bündnis 90/die Grünen), hat nur neun Minuten nach der Löschung durch sogenannten »Revert« diese Passage erneut eingetragen (siehe https://tinyurl.com/wikih-davidsson2). Er nutzte dazu sein Wikipedia-Konto namens »Nillurcheier«. Der Herr Ulrich Leiner ist also der Meinung, man dürfe dem Herrn Davidsson »Verschwörungstheorien« zuordnen. Und sogenannte »Verschwörungstheoretiker« behält Herr Leiner offenbar sehr genau im Auge. Herr Davidsson ist mit ihm noch am selben Tag in Kontakt getreten.

In der Email-Korrespondenz gibt Herr Leiner zu, dass er sehr wohl weiß, dass »Verschwörungstheorie« ein herabwertender Begriff ist. Da er selbst Naturwissenschaftler ist, sollte ihm auch klar sein, dass im akademischen Umfeld dieser Begriff nichts anderes als »Spinner« oder »Pfuscher« bedeutet und dem Herrn Davidsson damit seine Expertise bezüglich Staatsterrorismus aberkannt wird.

Laut eigener Aussage hat sich Leiner automatische Benachrichtigungen für ca. 100 Artikel unter anderem auch im Zusammenhang mit dem diffamierenden Stichwort »Verschwörungstheorien« angelegt. Nur so ist es auch zu erklären, dass er so schnell auf den Artikel zu Elias Davidsson aufmerksam wurde. Seine quasi sofortige Rückänderung der Artikelversion weist darauf hin, dass Herr Leiner keine inhaltliche Prüfung der Änderung hat vornehmen können. Ist das die Art Objektivität, die man in der Wikipedia erwartet?

DAS SYSTEM WIKIPEDIA

Warum musste Herr Davidsson klagen? Kann man sich nicht bei der Wikipedia beschweren, wenn man dort ungerecht behandelt wird? Ja, man kann. Wird einem dann geholfen und der Missstand abgestellt? Eventuell. Bestimmt wird jedoch dann nicht geholfen, wenn man wie im Falle Davidssons friedensbewegt ist und die kriegstreiberische Politik der USA, der NATO oder die Kriege rund um Israel kritisiert. Warum ist das so? Weil die einflussreichsten Wikipedia-Autoren inklusive vieler der sehr mächtigen Administratoren strikt auf transatlantischer Linie editieren.

Wenn den Opfern keiner in der Wikipedia hilft, dann sind diese vollkommen hilflos. Denn fast alle Autoren handeln dort unter Pseudonym und bestehen auf ihre Anonymität. So auch im Falle von »Feliks«. So bekommen Opfer ihre anonymen Rufmörder nicht zu fassen. Es sei denn, sie beschäftigen Detektive damit. Dirk Pohlmann und ich haben in solch detektivischer Kleinarbeit Monate damit zugebracht, »Feliks« als Jörg Grünewald aus München zu identifizieren, was letztendlich im Jahr 2018 nur dadurch gelang, dass wir einen weiteren kleinen Hinweis zu ihm bekamen und einzelne Daten nun wie Puzzlestücke zusammensetzen konnten. Wir kamen durch einen kleinen Trick an seinen bürgerlichen Namen. Mehr dazu erfahren Sie in der Sendung Nr. 10 von »Geschichten aus Wikihausen« (https://tinyurl.com/wikih10). Erst das ermöglichte das aktuelle Urteil gegen »Feliks«.

In der Vergangenheit war es zudem kaum möglich, die Wikimedia-Foundation in den USA als Betreiberin der Wikipedia direkt für den Unfug in der Wikipedia zu verklagen – Stichwort »Wiki-*Immunity*«. Der deutsche Wikimedia-Verein behauptet, er habe keinen Einfluss auf die Wikipedia und kann daher nicht für die Inhalte haftbar gemacht werden. Glatt gelogen, siehe Sendung 19 von »Geschichten aus Wikihausen« (https://tinyurl.com/wikih19). Dieser Missstand wird erst jetzt langsam durch entsprechende Klagen abgestellt. Die Wikipedia bewegt sich also tatsächlich im Wilden Westen des Rechtsstaats. Sie bekommen die Übeltäter nicht zu fassen. So kann Wikipedia trotz fehlender Tatsachen den Ruf einer Person bis auf Nazi, Antisemit und Verschwörungstheoretiker herunterschreiben und die Opfer können sich nicht im Geringsten dagegen wehren. Vergessen Sie bitte ab hier alles, was Sie über die angeblich demokratische und objektive Wikipedia gehört haben und zu wissen glauben. Es stimmt nicht.

Wikipedia-Autoren mit chronisch eingeschränktem Weltbild auf NATO-Linie fanden Davidssons Rechercheergebnisse zu Staatsterrorismus unerhört und verpassten Elias Davidsson das Prädikat »Verschwörungstheoretiker«.

Der Artikel zum friedensbewegten Davidsson wurde dabei über Jahre hinweg vor allem durch den Wikipedia-Autoren »Feliks« regelrecht heimgesucht. Er hat noch weiteres hinzugefügt, wie Assoziationen mit Antisemitismus und weitere Falschbehauptungen. Wohlgemerkt: Der als Jude geborene Elias Davidsson wird mit Antisemitismus in Verbindung gebracht. Geschmackloser geht es nicht mehr. »Feliks« alias Jörg Grünewald ist vom christlichen Glauben zum jüdischen Glauben konvertiert und nutzte seine neuerliche Religionszugehörigkeit immer wieder dazu, seine Täterrolle als Opferrolle darzustellen. Ein zum Judentum konvertierter bezichtigt andere Juden des Antisemitismus. Und das nicht nur im Falle von Elias Davidsson, sondern auch im Falle der Sängerin Nirit Sommerfeld und Prof. Dr. Rolf Verleger. Beide engagieren sich für ein gewaltfreies und verständnisvolles Zusammenleben von Israelis und Palästinensern in Nahost.

Das war »Feliks« offenbar ein Dorn im Auge, der zahlreiche Wikipedia-Artikel so gestaltete, als ob er als PR-Mann für die israelische Regierung bzw. die israelischen Streitkräfte Werbung machen würde. Er schreckt auch im realen Leben nicht vor Denunziationen zurück, wie kürzlich Nirit Sommerfeld auf ihrer Homepage veröffentlicht hat. (Siehe https://nirit.de/recht-sprechung/)

Macht er das für Geld? Wir wissen es nicht. Jedenfalls ist dieser »Feliks« kein Einzelfall in der Wikipedia. Es gibt zahlreiche Autoren die dort unter Pseudonym wie die Axt im Walde regieren. Zahlreiche Artikel werden im Sinne der israelischen Administration, der USA oder der NATO umgeschrieben. Unangenehmes wird immer wieder gerne gelöscht. So kommt es, dass auch zahlreiche friedensbewegte Mitglieder der Linkspartei mit Antisemitismus in Verbindung gebracht wurden. Herr Grünewald alias »Feliks« ist übrigens selbst Mitglied der Linkspartei, nur so als Randnotiz.

Und solche Charaktere sind keine Unfälle oder Einzelfälle, wie es die Wikipedia zweifelsohne darzustellen versucht. Das Scheinlexikon ist geradezu ein ideales Feuchtbiotop, das aufgrund seiner Ausgestaltung derlei Gestalten mit pathologischem Sozialverhalten anzieht wie das Licht die Motten. Und die verdrängen mit harten Bandagen die sachlich arbeitenden Wikipedia-Autoren. Nur darüber erfahren wir nichts in den selbsternannten Qualitätsmedien.

Die Wikipedia wäre das Beste, was uns in den letzten 20 Jahren passiert sei, so wird sie in ihrem Jubiläumsjahr von allen Leitmedien verkauft. Alles Propaganda. Die Wikipedia ist lediglich vordergründig ein Lexikon. Wer einen Blick hinter die polierte und glänzende Fassade aus schönen Worten von der »Schwarm-Intelligenz«, »ehrenamtlichen Mitarbeitern« und »demokratisierte Wissensalmende für die Menschheit« wagt, der blickt in einen Abgrund.

WIKIPEDIA ALS PRANGER UND PROPAGANDASEITE

Wikipedia ist schon seit über 15 Jahren das private Racheportal von ganz wenigen Autoren wie Berichtbestatter, David Navan, EH42, Feliks, Fiona B, He3nry, Itti, jkb, JD, Jonaster, JosFritz, KarlV, Kopilot, Phi und ähnlichen Gestalten. Allesamt mit sehr auffälligem Sozialverhalten. Man nennt sie intern »*Men on a Mission*«, also Männer mit Auftrag. Eine kleine Schar von vielleicht 80 Vielschreibern waltet in der Wikipedia wie kleine Fürsten. Und das vor allem im Bereich Politik, Geopolitik, Zeitgeschichte und Weltanschauungen. In der Wikipedia können Sie Macht ausüben, das befriedigt die digitalen Blockwarte. Wir nennen Sie die »Junta« oder das »Politbüro«. Bei Wikipedia regieren die Vielschreiber, nicht die Wissenden. Sie werden von den mächtigen Wikipedia-Administratoren nicht etwa wegen unsportlichem Verhalten vor die Tür gesetzt, sondern gedeckt. Administratoren räumen der »Junta« sogar großzügig den Weg frei, indem »Störenfriede« reihenweise gesperrt werden.

Der Herr Grünewald alias »Feliks« hatte dazu eine Liste veröffentlicht, auf der er stolz all die durch Administratoren gesperrten Benutzer auflistet, die sich ihm in den Weg gestellt haben. Ein Friedhof der kaltgestellten Wikipedianutzer. Interessanter Weise haben derlei Wikipedia-Autoren regelmäßig eine Nähe zu den Grünen, der Linken oder ähnlichen Kleinstparteien wie Ökolinx von der ehemaligen Grünen-Politikerin Jutta Ditfurth.

Auch Herr Leiner machte im Jahr 2020 insgesamt 1743 Änderungen in der Wikipedia.

Die Online-Enzyklopädie Wikipedia will physische Lexika ablösen. Foto: pexels.com



Der uneingeschränkte Zugang zu neutralen Informationen ist heilig. *Foto: pexels.com*

Das sind im Monat immerhin 145 Änderungen. Damit ist er auch Vielschreiber in der Wikipedia. Wie viel Zeit braucht man für 145 Einträge? Wie viel Zeit hat man da noch für andere Dinge? Und wie viel Zeit hat man noch übrig, wenn man über 1000 Einträge im Monat macht, wie z.B. »Feliks« oder »Kopilot« regelmäßig erreicht haben? Kann man da nebenbei noch einer geregelten beruflichen Tätigkeit nachgehen?

Eine kurze Zusammenfassung

- Wikipedia ist kein objektives Lexikon und wird von einer kleinen Sekte regiert, dem »Politbüro«, deren Mitglieder die Wikipedia für ihre persönlichen Zwecke missbrauchen.
- Der investigative Publizist Elias Davidsson wird in der Wikipedia mit einer Rufmordkampage überzogen und als Verschwörungstheoretiker und Antisemit an den Pranger gestellt.
- Er erwirkt ein Urteil gegen »Feliks«, dem Haupteditor seines Wikipedia-Artikels.
- Nach der Urteilsverkündung wird der Artikel von einer der vielen diffamierenden Textpassagen mit dem Wort »Verschwörungstheorien« befreit.
- Der grüne Bürgermeister aus Haar, Dr. Ulrich Leiner greift in den Prozess ein und ändert die gelöschte Passage nach nur neun Minuten wieder zurück in die Rufmordvariante ohne eine sachliche Prüfung vorzunehmen.

DIE SÜDDEUTSCHE ZEITUNG BERICHTET

Weil die Bearbeitung von Herrn Leiner in der Wikipedia prompt so zeitnah erfolgte, und vor dem Hintergrund des Urteils so grotesk erschien, haben wir von »Geschichten aus Wikihausen« unsere Zuschauer aufgefordert, ihre Sicht der Dinge dem Bürgermeister zu erklären. Dabei haben wir die Homepage des Bürgermeisters gezeigt (ulrich-leiner.de) und auch die dort abgelegten Kontaktdaten (siehe »Geschichten aus Wikihausen«, Folge 48. Ab Minute 46:00 unter: https://tinyurl.com/wikih48).

Der Bürgermeister hat daraufhin einige erboste Anrufe und Emails aus dem ganzen Land erhalten. Er hingegen meint, er sei unschuldig, und die Änderung sei berechtigt gewesen, und er fühle sich durch uns an den Pranger gestellt.

Das steht im deutlichen Widerspruch zur Realität. Der Artikel zu Elias Davidsson ist inzwischen komplett von Diskreditierungen bereinigt – auch von Begriffen wie »Verschwörungstheorien« und könnte nun quasi als Musterbeispiel für Objektivität in der Wikipeida herangezogen werden (z.B. die Version vom 22.1.2021 9:32 Uhr, https://tinyurl.com/wikih-davidsson). Offenbar ist in der Wikipedia die Mehrheit der Autoren nunmehr von der ehemaligen Unsachlichkeit des Artikels überzeugt.

Hier könnte die Geschichte enden. Aber sie geht weiter. Der Lokalredakteur Bernhard Lohr von der *Süddeutschen Zeitung* griff den Stoff auf und verfasste einen Artikel zum Thema. Darin verteidigt er die unschöne Beteiligung des Bürgermeisters an der Rufmordaktion in der Wikipedia und stellt sie sogar als »Korrektur« der Wikipedia dar. Der Artikel erwähnt überdies nicht mit einem Wort das Gerichtsurteil zum Fall »Feliks«. Dirk Pohlmann und ich von »Geschichten aus Wikihausen« seien die Wahrheitswächter.

Herr Lohr schreibt:

»Haars Zweiter Bürgermeister Ulrich Leiner (Grüne) sieht sich durch eine konzertierte Aktion der Betreiber des Internet-Blogs »Geschichten aus Wikihausen« verunglimpft. Leiner, der ehrenamtlich an dem Internet-Lexikon Wikipedia mitarbeitet, erhält nach eigener Aussage Anrufe und E-Mails, in denen ihm vorgeworfen wird, durch eine Korrektur in einem Wikipedia-Artikel im Sinne einer »Gesinnungspolizei« zu agieren. Der Grünen-Politiker wird in diesen als »übler Verleumder« beschimpft, ein Absender droht ihm mit dem »Straf- und Zivilrecht«. Leiner erwägt, selbst Anzeige zu erstatten.«

Der Lokalreporter Bernhard Lohr vertritt unkritisch die Sichtweise vom Bürgermeister. Lebensnah ist anzunehmen, dass zwischen dem Herrn Lohr und dem Herrn Leiner eine engere Bekanntschaft besteht. Es sind genau diese manipulativen Zeitungsartikel, die immer wieder als Vorlage für die Wikipedia herangezogen werden. Und dabei wird man nicht müde, genau das als Qualitätsjournalismus zu preisen.

QUALITÄTSJOURNALISMUS

Zum Beispiel versteigt sich der Kommunikationswissenschaftler Prof. Hektor Haarkötter von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg in einem Podcast des *Hessischen Rundfunks* zu folgender Aussage:

»In aller Regel kann man sich doch darauf verlassen, dass das, was der Qualitätsjournalismus, also beispielsweise die öffentlich-rechtlichen Sender, in ihren Nachrichten, die großen überregionalen oder auch die großen regionalen Tageszeitungen, veröffentlichen, dass das Hand und Fuß hat, weil die eben auch professionell arbeiten […]«

Und das geschah im Zusammenhang mit dem Thema »verlässliche Quellen« als Zitate in der Wikipedia zum 20-jährigen Jubiläum des Internetprojektes. Dieser angebliche Qualitätsjournalismus setzt bei Bedarf aber nur zu gerne allerlei Halbwahrheiten und Assoziationen zusammen. Artikel werden ausstaffiert mit Begriffen wie Antisemitismus, Rechtsradikaler, Reichsbürger und ähnlichem Nonsens. So werden regelmäßig zahlreiche unbescholtene Menschen hier in Deutschland an den Pranger gestellt. Sie werden denunziert und besudelt, alles geschickt verpackt in juristisch unangreifbare Formulierungen. Man ist in so etwas geübt. Man sagt z.B. nicht, jemand sei Antisemit, man verpackt es so, dass jemand sich zum Beispiel mit Antisemiten oder Rechtsradikalen getroffen habe oder Literatur vorgetragen habe, von der jemand die Meinung habe, dass diese einen antisemitischen Beigeschmack habe. Die Methoden der Denunziation ähneln dabei nicht zufällig denen der Wikipedia. Die Wikipediaschreiberin »Fiona B.« hat beispielsweise in ihrem Realleben als Journalistin für den *Focus* gearbeitet. Es schreiben viele Journalisten in der Wikipedia und geben das auch offen zu. Und in der Wikipedia wird mit der gleichen Begründung wie bei Prof. Haarkötter aus den angeblichen Qualitätsmedien zitiert. Auch dort in einschlägigen Artikeln die Stichwörter »Antisemit, Rechtsradikaler, Verschwörungstheoretiker«, natürlich sauber mit Fußnoten versehen, die auf die angeblichen Qualitätsmedien verweisen.

Diese inflationäre Nutzung des Wortes »Antisemit« lässt es auf das Niveau von Blondinenwitzen herabsinken (sinngemäß nach Anselm Lenz) und dann wertlos erscheinen, wenn man sie wirklich einmal dringend braucht, etwa bei den verbliebenen Archetypen von Nazis in Bomberjacke und Springerstiefeln.

Die Wikipedianer sind anonym und können daher perfekt ihr Werk als Heckenschützen verrichten. Da wird auch schon einmal das Wort »Holocaustleugnung« platziert, wo es gar nicht hingehört. So geschehen beim unbescholtenen und friedensbewegten Historiker Daniele Ganser, der sich übrigens auch sehr kritisch zu den Kriegen der NATO und den USA äußert. Die so Geschmähten sind indes weit davon entfernt, auch nur in eine der ihnen zwangsweise angehängten Kategorien zu passen. Sie verlieren ihre Anstellung, ihr Ansehen und ihre Freunde.

1. Feliks · 68 (29,6 %)
2. Mautpreller · 29 (12,6 %)
3. Fiona B. · 25 (10,9 %)
4. Über-Blick · 22 (9,6 %)
5. RiverMcCrossen · 21 (9,1 %)
6. Goesseln · 15 (6,5 %)
7. Lectorium · 15 (6,5 %)
8. Density · 13 (5,7 %)
9. El Yudkin · 12 (5,2 %)
10. Nuuk · 10 (4,3 %)

MELDUNG

CORONA-REGIME SETZT BEZIRKSAMT EIN, UM ÜBERTRAGUNG ZU VERHINDERN

Berlin/DW. Das Bezirksamt Berlin-Mitte hat der *ARD-Tagesschau* verboten, eine Pressekonferenz der Regierungsbehörde »Robert-Koch-Institut« ins Internet zu übertragen. Am Mittwoch wurde dabei über eine neue Studie zur Verbeitung von Sars-Cov-2 berichtet. Studieninhalt sollte laut *tagesschau.de* sein, »wie viele Menschen bereits Antikörper gegen den neuartigen Coronavirus gebildet haben, wie viele Menschen ohne Krankheitssymptome infiziert waren, welche Menschen häufiger von einer Covid-19-Erkrankung betroffen sind und wie oft die Erkrankung im Krankenhaus und auf der Intensivstation behandelt werden muss«. Es ist seit einem Jahr bekannt, dass Corona nicht gefährlicher als übliche Grippeinfekte ist (siehe DW N° 1 bis 37). Das Bezirksamt untersagte den sogenannten *Livestream* mit der Begründung, eine »Einverständniserklärung aller Teilnehmenden« sei erforderlich. Das ist bei Regierungspressekonferenzen selbstverständlich nicht der Fall. Die *Tagesschau* war unter Corona weitgehend Organ der Regierungspropaganda. Es stellt sich deshalb die Frage, ob der Protest gegen das Verbot Teil des Coups ist, um von schlimmeren Zensurvorhaben abzulenken – oder die Redaktion endlich aufgewacht ist? (ale)

IRREFÜHRUNG VON LESERN?

Warum hängt man jemandem diese Schmähwörter an? Ganz einfach: Man will ihn oder sie durch dieses *Framing* mundtot machen. Offenbar wird versucht, das Publikum von ernsten Themen wie Staatsterrorismus, staatlich organisierter Folter in Gefängnissen (z.B. »Anlage 1391«) und ähnlichen unappetitlichen Dingen fernzuhalten. Wenn das Maskieren der Information nicht mehr funktioniert, weil doch etwas durchsickert, dann jagt man nicht etwa die Täter, sondern den Überbringer der schlechten Botschaft. All das geschieht im Westen, dem Hort der Demokratie – da bleibt einem das Lachen im Halse stecken.

Und die Wikipedia ist nicht etwa ein Werkzeug, um dieses unsägliche Versagen der Demokratie aufzudecken. Nein, im Gegenteil. Die fünfhäufigst aufgerufene Website der Welt ist Teil des weltweiten Propagandaapparates, der die Bürger von den wesentlichen Dingen ablenken soll. Schöne neue Welt.

Weitere Informationen:
youtube.de/wikihausen
www.wikihausen.de
http://www.free21.org/wikipedia-ein-sumpf-aus-ueblen-machenschaften-teil-1/
http://www.free21.org/ein-sumpf-aus-ueblen-machenschaften-teil-2/
http://www.free21.org/wikipedia-ein-sumpf-aus-ueblen-machenschaften-teil-3/

Dokumentationen:
»Die dunkle Seite der Wikipedia«, unter: http://wikipedia.wikihausen.de
»Zensur, die organisierte Manipulation der Wikipedia und anderer Medien« unter: http://zensur.wikihausen.de

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD, WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT
BERTOLT BRECHT

Art. 146 *Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 37. Ausgabe ab Samstag, 20. Februar 2021. | Redaktionsschluss war am 18. Februar, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE72 1101 0100 2235 4091 57**.

Chefredaktion: Sophia-Maria Antonulas, Anselm Lenz (stv.), Hendrik Sodenkamp (CvD) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressortleitung International:** Aya Velázquez, Dr. Yana Milev (stv.) **Ressortleitung Politik:** Ullrich Mies **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Chris Stein, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dirk Pohlmann, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH i. Gr., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.